



Informationen für die Bildungs- und Berufsberatung

Ausgabe Nr. 8 vom 4. Juli 2005
Die iBB im Internet: www.Kohnpage.de/iBB

Vom Traumberuf zum Wunschberuf - Berufliche Beratung und Arbeitsmarkt

Von Karl-Heinz P. Kohn

„Der Beruf ist sehr schön. Und das Leben, das damit verbunden ist, ist auch sehr schön.“ Diese Einschätzung einer Studentin des Produktdesigns an der *Ecole Nationale Supérieure de Création Industrielle* in Paris¹ macht einen wichtigen Zusammenhang deutlich. Auch wenn nicht alle Berufstätigen eine solch beneidenswert erscheinende Aussage machen könnten, entweder weil sie nicht den Beruf ausüben, der ihrer Vorstellung entspricht oder weil sie sich ihres Glücks nicht in gleicher Weise bewusst werden: Berufswahl ist immer auch ein Stück weit Wahl eines Lebensentwurfes². Und wenn die Verwirklichung eines Wunschberufes nicht gelingt, dann können Hoffnungen enttäuscht, dann können Identitäten und Lebenspläne in Frage gestellt werden. Denn auch, wenn so manche Theoretiker gegen alle Empirie immer wieder das vermeintliche „Ende der Arbeitsgesellschaft“ ausrufen: Für die weit überwiegende Zahl der Menschen bleibt die Erwerbsarbeit die einzige oder zumindest bedeutendste

¹ in der Sendung „Trendsetterinnen“ des Fernsehmagazins *Lola* auf ARTE am 12. Juni 2005

² vgl. Gerd B. Achenbach (1992): *Beruf als Wahlschicksal*, erschienen in der Reihe *dvb script* und für 1,- € zuzüglich Porto zu bestellen bei dvb-Kontakt@berufsberater.net.

Inhalt

Vom Traumberuf zum Wunschberuf - Berufliche Beratung und Arbeitsmarkt	1
„Marktorientierung“ in der Beratung jugendlicher Berufswähler ist eine Anmaßung	5
Gießereien in Deutschland: Mittelstandsbranche mit Zukunft	7
Berufsbildungsbericht 2005: Ausbildungsangebot koppelt sich von der Beschäftigtenentwicklung ab	11
Berufsbildungsforschung zum recherchieren: Forschungsdatenbank des BIBB geht online	14
Höhere Bildung schützt auch in der Krise vor Arbeitslosigkeit	15
Duale Berufsausbildung vs. Berufsfachschulen: Schützt eine der beiden Ausbildungsformen besser vor Erwerbslosigkeit?	20
Teilnehmerzahlen bei beruflicher Weiterbildung rückläufig. Bundesregierung antwortet auf parlamentarische Anfrage der FDP	21
Urteil der Stiftung Warentest über die Weiterbil- dungsberatung im Bundestag unter der Lupe	22
Das Zürcher Laufbahnberatungsmodell (ZLM) - Private Laufbahnberatung in Deutschland	23
Ein ausbruchssicheres Gefängnis Wer nichts lernt, bleibt arm. Dagegen hilft nur eine bessere Bildungspolitik	27
Zahl der Studienabbrüche steigt an	30
Jobaussichten für Akademiker Heiß begehrte Typen	31
Veranstaltungshinweise	33
Impressum	39

Existenzgrundlage. Und für eine noch größere Zahl bleibt der Beruf die bedeutendste Quelle zur Beschreibung ihrer Identität und ihrer Rolle in der Gesellschaft. Das lässt sich nicht nur bei Gesprächen des ersten Kennenlernens heraushören und – leider – auch von manchen Grabinschriften ablesen. Das erfährt auch jeder, der sich auf Gespräche beruflicher Beratung ernsthaft einlässt. Deshalb haben solche Gespräche einen deutlich höheren Rang als Instrumente zur Vermittlung von Arbeits- und Ausbildungsstellen. Ihr Angebot ist für die Rat Suchenden ohne jegliche Bindung an das Vermittlungsgeschäft mit Gesetzeskraft garantiert³ und ausdrücklich in Art und Umfang nach dem Beratungsbedarf des Einzelnen auszurichten⁴. Und das ist nicht zufällig so und auch nicht disponibel. Denn auf diese Weise manifestiert sich ein gesetzlicher Auftrag, der zur Verwirklichung eines verfassungsrechtlich garantierten Grundrechts verhelfen soll. Artikel 12 des Grundgesetzes enthält als unveränderlichen Kern die Aussage „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.“⁵ In den Grundrechtskatalog hat dies Eingang gefunden, weil die weit reichenden Folgen der Berufs- und Arbeitsplatzwahl für die individuelle Selbstbestimmung, ja für das individuelle Lebensglück zum Wissensschatz moderner Gesellschaften zählt – und also auch den Müttern und Vätern des Grundgesetzes bewusst war.⁶

In der US-amerikanischen Grundrechtsgeschichte kann dieser Zusammenhang klar benannt werden, ohne das ihm innewohnende Lustelement verschämt zu bemänteln. Dort wird das Recht auf das aktive Streben nach Glück in der Formel *Pursuit of Happiness*

direkt neben die Grundrechte auf unversehrtes Leben und individuelle Freiheit gestellt. Gemeinsam mit diesen wird es als unveränderbares Recht des Individuums deklariert⁷ und in einer grundlegenden Entscheidung des *Supreme Court* so ausgelegt:

*„The right to pursue any lawful business or vocation, in any manner not inconsistent with the equal rights of others, which may increase their prosperity or develop their faculties, so as to give them their highest enjoyment.“*⁸

Es ist dieser Geist, der sich in Artikel 12 des Grundgesetzes widerspiegelt. Aus dem Sozialstaatspostulat erwächst dem Staat hieraus der Auftrag, für einen möglichst durch soziale Ungleichheit unverstellten Zugang zur Verwirklichung dieses Grundrechts zu sorgen. Neutrale, leicht erreichbare und nicht durch eine Kostenschwelle unzugängliche Bildungs- und Berufsberatung ist ein wesentliches Instrument zur Erfüllung dieses staatlichen Auftrags.

Es gibt also aus der Zielstellung des Artikels 12 im Rahmen der persönlichen Freiheitsrechte guten Grund, die „Neigung“ der Rat Suchenden mit hoher Priorität in den Beratungsprozess einzubringen. Größtmögliche Transparenz über die Vielfalt beruflicher Optionen kann den Einzelnen erst in die Lage einer selbstbestimmten Wahl versetzen und ist somit eine Hauptaufgabe in der Beratung. Alle die Wahl einschränkenden Momente sind streng auf ihre Unveränderbarkeit oder besser auf die Möglichkeit, sie zu überwinden, hin zu prüfen. Dies betrifft die Diagnose der Eignung ebenso wie die Analyse des Arbeitsmarktes. Die Eignung darf nur unter (kreativer) Ausschöpfung aller (finanzieller wie pädagogi-

³ § 29 SGB III (1)

⁴ § 29 SGB III (2)

⁵ Art. 12 (1) GG

⁶ Und es ist nur wenig tröstlich zu erkennen, dass nicht nur dieses basale Wissenselement moderner Gesellschaften derzeit leichtfertig in Frage gestellt wird. Auch die über mehr als ein Jahrhundert geronnene Einsicht, dass eine Marktwirtschaft ohne staatliche Intervention zur Stabilisierung ihrer Produktions- und Nachfragezyklen sowie zum Ausgleich sozialer Verwerfungen nicht überlebensfähig ist (und human ohnehin nicht) scheint bis in entscheidungsmächtige Eliten hinein nicht mehr gesichert zu sein.

⁷ in der *Declaration of Independence* von 1776

⁸ *Butchers' Co. v. Crescent City Co.*, 111 U.S. 746, 757, (1884.) „Das Recht jedes rechtmäßige Geschäft und jeden rechtmäßigen Beruf auszuüben, der geeignet ist, den Wohlstand der Bürger zu mehren oder ihre Fähigkeiten zu entwickeln, um ihnen damit den höchsten Genuss zu verschaffen – so lange dadurch nicht das gleiche Recht anderer beeinträchtigt wird.“ – Übersetzung K.K.,

scher) Fördermöglichkeiten festgestellt werden. Der Arbeitsmarkt ist in all seinen Optionen in den Beratungsprozess einzubringen. Er darf in keinem Falle fahrlässig oder bewusst nur begrenzt analysiert werden, zum Beispiel nicht durch nicht mit dem Rat Suchenden abgestimmte Vorwegnahme regionaler Einschränkung oder auch nicht durch die Beschränkung auf die Analyse der Geschäftsdaten der Bundesagentur für Arbeit. (Denn in den den Agenturen für Arbeit gemeldeten offenen Stellen findet sich nur etwa ein knappes Drittel des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebotes⁹.)

In den Beratungsdiensten der größten Anbieterin beruflicher Beratung haben sich im Laufe der Jahre zwei extreme Haltungen der Beraterinnen und Berater im Verhältnis zum Arbeitsmarkt herausgebildet. Die beiden gegensätzlichen Pole finden sich tendenziell¹⁰ verteilt auf die beiden Bereiche der Jugendlichen- und der Erwachsenenberatung. Die lange herrschende Organisation dieser beiden Beratungsgruppen in zwei voneinander geschiedene selbstständige Abteilungen hat die Profilierung unterschiedlicher Beratungskulturen unterstützt.

Gab und gibt es in der Beratung junger Berufs(erst)wähler eine deutlich spürbare Konzentration auf die Neigung der Rat Suchenden und die Exploration möglicher Optionen und Fördermöglichkeiten, so wird im Bereich der Beratung meist arbeitslos gewordener Erwachsener der Druck zur möglichst zeitnahen Wiedererlangung der eigenständigen Erwerbsgrundlage in den Gesprächen wirksam, und die förderrechtlichen Möglichkeiten des Sozialgesetzbuchs III sowie geschäftspolitische Zielsetzungen der Bundesagentur für Arbeit erhalten einen dominierenden Platz in den Gesprächen.

Parallel hierzu wird die Realität des Arbeits- und Ausbildungsmarktes im Bereich der Jugendlichenberatung mitunter sehr stark relativiert. Beraterinnen und Berater verstehen sich eher als Anwälte der Rat Suchenden und ihrer Berufswünsche und schaffen im Zweifelsfalle durch staatlich finanzierte Vollausbildungen eine auch berufliche Kompensation des Stellenangebots am Markt. Hierbei gerät die Realisierbarkeit beruflicher Wünsche am Markt in den Hintergrund, die sich spätestens nach der sogenannten „zweiten Schwelle“ zwischen dem Ende der Berufsausbildung und der Einmündung in den Erwerbsarbeitsmarkt beweisen muss. In extremen Formulierungen dieser Grundhaltung erscheint der Markt als etwas tendenziell Feindliches und über Gebühr Einschränkendes, dem ein gewisser Widerstand entgegen zu setzen ist. Übersehen kann hierbei werden, dass auch unter dem Selbstverständnis einer konsequenten Anwaltschaft für die Rat Suchenden sorgfältig auszuloten wäre, welche Bedeutung diese selbst der Realisierbarkeit ihrer Wünsche beimessen. Nicht nur der häufig in solchen Beratungsgesprächen zu hörende Wunsch nach der Auskunft über künftige Marktchancen der unterschiedlichen Berufe lässt erkennen, dass die überwiegende Zahl junger Berufswähler bereit ist, ihre Traumberufe in (realisierbare) Wunschberufe zu überführen. Dass eine prognostische Auskunft über berufsspezifische Zukunftschancen vielfältige Unsicherheiten birgt und nur schwierig, weil mitunter die Differenzierungsfähigkeit und die Unsicherheitstoleranz der Rat Suchenden überfordernd, in Gespräche eingebracht werden kann, verstärkt die mitunter vorhandene Neigung von Beraterinnen und Beratern, einem strukturierten Abgleich gewünschter Optionen mit vorläufigen Markterkenntnissen nicht den erwarteten Platz im Gespräch einzuräumen.

Umgekehrt ist in der Kultur der Erwachsenenberatung bei der Bundesagentur für Arbeit der Bezug auf den Arbeitsmarkt allgegenwärtig. In der Realität des Beratungsalltags muss allerdings häufig die oben beschriebene Selbstbeschränkung der Beraterinnen und Berater postuliert werden. Was die Aussagen

⁹ vgl. Anja Kettner und Eugen Spitznagel (2005): *Schwache Konjunktur. Gesamtwirtschaftliches Stellenangebot gering*, Nürnberg (=IAB-Kurzbericht Nr. 6/2005)

¹⁰ Die folgende vereinfachende Darstellung einer Bipolarität entspricht natürlich nicht der Vielfalt der realen Haltungen beruflicher Beraterinnen und Berater. Sie dient lediglich der Modellierung eines argumentativ leichter zu handhabenden Grundmusters.

über den Markt bestimmt, das sind nicht selten Elemente wie der zufällig aktuell im Stellenangebot des vom Berater verantworteten Berufsbereichs, der Agentur oder der Region erkennbare *Marktausschnitt*, die ständig und nicht immer systematisch wechselnden geschäftspolitischen Vorgaben, die finanziellen Fördermittel, die Struktur und das Angebot regionaler Bildungsträger und historisch geronnene Eindrücke marktlicher Realitäten. Diese Einschätzung lässt sich nicht nur aus Rückmeldungen von Rat Suchenden und empirischen Untersuchungen ableiten, sondern auch aus der mangelnden Nutzung beruflicher Informationsangebote im Erwachsenenbereich - wie des Berufsinformationszentrums und der vielfältigen Einzelmedien zur beruflichen Information der Bundesagentur für Arbeit.

Beide Beratergruppen werden in ihrer professionellen Arbeit zum Einbezug des Arbeitsmarktes in die berufliche Beratung seit geraumer Zeit dadurch stark beeinträchtigt, dass die Infrastruktur der Bundesagentur zur Herausbildung beruflichen und arbeitsmarktlichen Wissens nicht mehr in ausreichendem Maße gepflegt wird und zusehends erodiert. Beispiele hierfür sind das sinkende Angebot berufskundlicher Fortbildungsveranstaltungen, das Einstellen wichtiger Informationsmedien wie der Publikationsreihe *Blätter zur Berufskunde* oder der Fachzeitschrift *ibv – Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit*¹¹, sowie der aktuelle Abbau der berufs- und wirtschaftskundlichen Dokumentationsstellen und die Beschneidung der ausgesprochen erfolgreichen Berufsinformationszentren in den Agenturen für Arbeit.

Die professionelle Arbeit für eine qualitativ hochwertige Bildungs- und Berufsberatung erfordert also die Einforderung der Ressourcen für den Erhalt und den Ausbau einer adäquaten, den komplexen strukturellen Ver-

änderungen in der Arbeitswelt entsprechenden Informationsstruktur. Sie erfordert aber auch den kritischen Diskurs über den professionellen (Eigen-)Anspruch an die beraterische Kompetenz zur umfassenden Beurteilung des Bildungs- und Arbeitsmarktes in seiner dynamischen Entwicklung. Und sie erfordert die kritische Reflexion des Stellenwertes arbeitsmarktlicher Informationen und Einschätzungen für die berufliche Beratung. Im Ergebnis geht es dabei um die professionelle und die dem individuellen Beratungsstil entsprechende Positionierung *zwischen* den beiden skizzierten Extremhaltungen. Nur dann kann sich ein Beratungsprozess entwickeln, der sich wirklich an den Interessen der Rat Suchenden orientiert.¹² Denn diese wollen in aller Regel nach den Beratungsgesprächen nicht einfach weiter träumen. Sie erwarten aber mit Recht und verfassungsrechtlich verbieftem Anspruch, dass sie professionelle Informationen und Einschätzungen über alle Optionen auf dem Weg zur Realisierung ihrer Berufswünsche erhalten.

Karl-Heinz P. Kohn

lehrt Arbeitsmarkt
(Statistik, Theorie, Politik und Beratung)
an der Fachhochschule der
Bundesagentur für Arbeit
in Schwerin



¹¹ Das ehrenamtliche Angebot der vorliegenden Zeitschrift *ibB – Informationen für die Bildungs- und Berufsberatung* ist eine Reaktion auf die Einstellung der Fachzeitschrift und der Versuch einer Kompensation.

¹² Es gibt außerdem im Bereich der Beratung nach dem Sozialgesetzbuch III den gesetzlichen Auftrag zur Austarierung von Neigung, Eignung, Leistungsfähigkeit und Beschäftigungsmöglichkeiten i § 31 SGB III.

Aufruf zu schreiben:

Um Beiträge zu den oben genannten Diskursen zu erhalten, bitten die *iBB* ihre Nutzer, ihre Sichtweisen und Analysen zum Themenfeld Arbeitsmarkt und Beratung einzusenden und für die Veröffentlichung in kommenden Ausgaben dieser Zeitschrift zur Verfügung zu stellen.

Die E-Postadresse der Rwdaktion lautet:
iBB@Kohnpage.de.

Legen Sie bitte ein elektronisches Foto von sich bei, denn die *iBB* geben ihren Autorinnen und Autoren gerne eine Gesicht.

Wir freuen uns auf Ihre Beiträge und machen im Folgenden den Anfang mit einer schon vor einiger Zeit eingereichten Position zum Thema, die einen der beiden beschriebenen Pole illustrieren kann.

„Marktorientierung“ in der Beratung jugendlicher Berufswähler ist eine Anmaßung

von Dieter Skorski

Die Koppelung von Beratung und Vermittlung, wie sie in der Bundesagentur für Arbeit vorgenommen wurde, ist ein Strukturangel, die so genannte "Marktnähe" ist ein weiterer! Auf jeden Fall (aus meiner Sicht) für die Beratung von Schülern. Was ist denn "Markt"? Zunächst nur ein theroretisch-gedankliches Konstrukt wirtschaftswissenschaftlicher Überlegung. Das hilft nicht weiter - den Ratsuchenden meine ich!

Der so genannte Arbeitsmarkt? Was wissen wir denn darüber? Was wissen wir über zukünftige Entwicklungen? Wenig! (Siehe auch die Studien "Zur Zukunft des Akademikermarktes".) Die so genannte Marktorientierung in der Beratung führt eher zu zyklischen Sicht- und Verhaltensweisen von Beratern/Vermittlern und Ratsuchenden.

Wenn mit "Markt" die so genannten konkreten Arbeitsverhältnisse gemeint sind - was weiß

denn ein Berater darüber? Doch nur blitzlichtartig Beleuchtetes, hochgradig zufällig und ausschnitthaft (vielleicht bei einem Betriebsbesuch konkret erfahren - in eine halben Stunde!?). Diese "Marktorientierung" ist eine Anmaßung, weil sie dem (aus individueller Sicht zu Recht) Zukunftssicherheit suchenden Ratsuchenden etwas vorspielt, wo das Leisbare in der Beratung das Hilfreiche für den Ratsuchenden in einer fast unredlichen Form übersteigt. Bei einem so elementar wichtigen Bedürfnis wie "Sicherheit" darf Ratsuchenden (und allgemein der Gesellschaft) nicht suggeriert werden, wir könnten (insbesondere individuell nutzbare) Aussagen über Arbeitsmärkte und deren Entwicklung machen - schon gar nicht über längere Zeiträume.

Wie sieht denn die Praxis in der Jugendlichenberatung der Agenturen für Arbeit aus? Da schafft die Marktnähe und zunehmend auch der gesetzliche Auftrag des SGB III eine

Sichtweise, die vom angespannten Ausbildungsmarkt, von der abnehmenden "Eignung" unserer Ratsuchenden für die Anforderungen dieses Marktes ausgeht: eine sehr negative Sichtweise. Das führt, insbesondere bei der anhaltenden Dauer dieses Phänomens, zu einer Beraterhaltung die eher einschränkend in Bezug auf die Möglichkeiten der Ratsuchenden ist.

Hier wird eine grundsätzlich geforderte beraterrische Leistung, nämlich die Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten der Ratsuchenden, sehr in Frage gestellt. Ich meine damit eigenständige Denk- und Handlungsmöglichkeiten, keine Abgabe in berufsvorbereitende Maßnahmen etc., die wiederum auch stark den Zwang zur Anpassung der Ratsuchenden an einen so genannten „Markt“ (in unserem Auftrag) einfordern - und dafür auch noch „Kopfprämien“ bekommen.

Was diese so genannten Expertensteuerungen auch an Fehlsteuerungen verursachen, ist teilweise ja bekannt. Siehe die Ergebnisse und Diskussionen über die Förderung beruflicher Weiterbildung nach dem SGB III etc..

Schule trägt nur sehr wenig, zu wenig, zu einer eigenständigen Entscheidung in Fragen von Beruf und Arbeit bei. Wenn dann aber die Ratsuchenden zu einem Beratungsdienst kommen, in der Regel ja zur Berufsberatung in einer Agentur für Arbeit, stoßen sie gleich auch auf die „Marktnähe“ und ihre merkwürdigen Folgen für die Beraterhaltung.

Mir ist klar, dass viele Kunden die Frage nach der „Zukunft“ eines Berufes stellen (was für eine verrückte Vorstellung - das erinnert mich

an mittelalterliche Vorstellungen von Berufen, als es noch Zünfte gab). Aus meiner Sicht (und da kann man auch bei M. Horx nachlesen) die für die heutige Zeit völlig falsche Frage! Wollen wird denn als Berater eine „Marktantwort“ auf die falsche Frage geben? Wie lange soll denn eine solche Expertenantwort gültig sein - für einen Ratsuchenden?

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Fehlentwicklungen und veraltete Sichtweisen als Folge davon will hier nicht weiter schildern.

Der Auftrag von Schule zur Persönlichkeitsentwicklung bei zu tragen muss für das Thema Berufs- und Lebensplanung deutlicher gefasst werden. Das ist (insbesondere im Bereich der Sekundarstufe II) viel zu sporadisch. Das ist auch in der Rolle des Lehrers nicht so gut aufgehoben, weil hier die zentrale Lehrermetapher „Richtig und Falsch“ nicht greifen kann (oder sollte), sondern die Anleitung zu eigenständiger, kritischer und auf das eigene Selbst bezogener Entscheidungsfähigkeit. Das mag eine hehre Vorstellung sein, aber nur mit einem solchen Ziel lassen sich auch konkrete Handlungsschritte erarbeiten.

Diese „Marktorientierung“ mag für die Beratung erwachsener Rat und Arbeit Suchender gut sein, für die Beratung jugendlicher Erstwähler wirkt sie sich sehr ungünstig aus.

Dieter Skorski

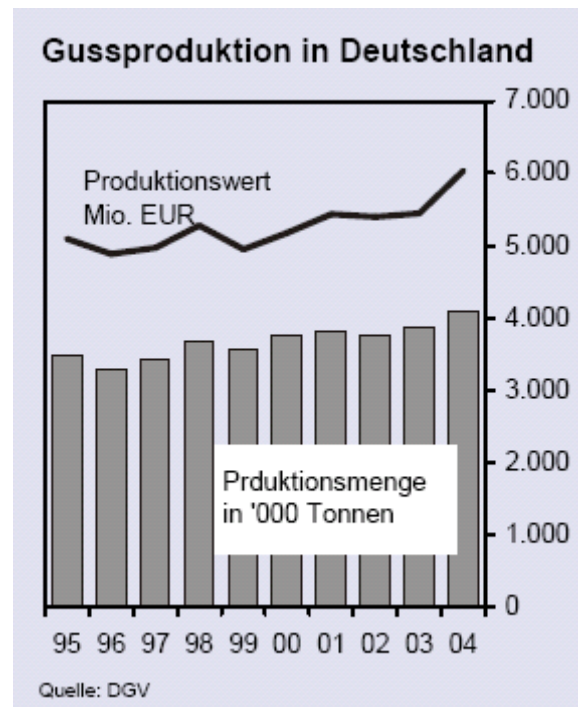
**ist Berufsberater für Abiturienten
bei der
Agentur für Arbeit Göttingen**

Gießereien in Deutschland: Mittelstandsbranche mit Zukunft

Quelle: Deutsche Bank Research, 1. Juni 2005

Das Eine ist völlig falsch: Deutschland als Produktionsstandort für Güter und Dienstleistungen siecht nicht vor sich hin. Das zeigen jedes Jahr wieder steigende Exporterfolge auf höchstem Niveau, ein Ausweis für beste internationale Wettbewerbsfähigkeit. Ein Beispiel von vielen hierfür ist die Branche, die in dem im folgenden annoncierten Forschungsbericht der Deutschen Bank untersucht wird. Das Andere aber stimmt: Das Beschäftigungswachstum findet hauptsächlich nicht im Produzierenden Gewerbe statt, denn dieser Wirtschaftssektor ist hoch produktiv – und kommt deshalb trotz Umsatzerfolgen mit tendenziell weniger Beschäftigten aus. Dennoch werden auch produktive Branchen in den vor uns liegenden Jahrzehnten deutlichen Rückgangs bei der Erwerbsbevölkerung, insbesondere beim jungen Nachwuchs, spürbaren Ersatzbedarf anmelden an gut ausgebildeten Fachkräften. Wir dokumentieren Auszüge aus einem aktuellen Forschungsbericht der Deutschen Bank, der im Volltext kostenlos aus dem Inter-

net geladen werden kann (Adresse siehe unten). (K.K.)



Zusammenfassung

- Für die deutschen Gießereien ist der heimische Standort nach wie vor attraktiv. Die Produktion je Beschäftigten erreichte zuletzt 98 Tonnen gegenüber nur 47 Tonnen im Jahr 1993. Ähnlich produktiv sind in Europa die Gießereien lediglich in Frankreich, während die Effizienz in Spanien, Italien und Großbritannien deutlich niedriger ist.
- 2004 steigerte die Branche in Deutschland ihre mengenmäßige Produktion um knapp 6% auf gut 4 Mio. Tonnen (wertmäßig + gut 10% auf EUR 6 Mrd.). Das Wachstum lag damit merklich über dem langjährigen Trend (2004/1995: mengen- sowie wertmäßig + knapp 2%) und übertraf das Ergebnis in der Industrie insgesamt deutlich.
- Maßgeblich für das Fertigungsplus des letzten Jahres waren die gute Performance wichtiger inländischer Abnehmerindustrien (Automobilindustrie, Maschinenbau) sowie das schon seit längerem expandierende Exportgeschäft. Von 1995 bis 2004 stieg die Exportquote um 9%-Punkte auf 31%.
- In den kommenden zehn Jahren könnte es den mittelständisch strukturierten deutschen Gießereien gelingen, Japan von der vierten Stelle auf dem Weltmarkt zu verdrängen. Während die Gussproduktion in Japan zwischen 2000 und 2003 um 5% zu-

rückging, legte sie in Deutschland um 3% zu. Dabei kommen den einheimischen Unternehmen neue Werkstoffe mit verbesserten Anwendungsmöglichkeiten sowie eine erhebliche Ausweitung der Legierungspalette zugute.

- Impulse für die Gießereien gehen vor allem von der inländischen Automobilproduktion und dem Maschinenbau aus, die zusammen knapp vier Fünftel der Gesamtlieferungen der deutschen Gießereien abnehmen. Zudem erhalten die Gießereien Rückenwind von der anhaltenden Reduktion der Fertigungstiefe ihrer Abnehmerindustrien.
- Begrenzende Faktoren für die deutschen

Gießereien sind vor allem konkurrierende Werkstoffe (z.B. Kunststoff). Durch höhere Erzeugerpreise der Gießereien aufgrund gestiegener Inputpreise (Stahlschrott) können Erzeugnisse aus diesen Werkstoffen wieder interessanter werden.

- Bis 2010 rechnen wir für die Gießereien in Deutschland mit einem Wachstum der Produktionsmenge um 2% p.a. auf knapp 5 Mio. Tonnen und des Produktionswertes um 3% p.a. auf gut EUR 7 Mrd. Vor allem in die EU-Beitrittsländer dürften die deutschen Gussexporte weiter zunehmen. Der Markt verlangt vor allem Erzeugnisse in hoher Qualität, die in den MOE-Staaten auf absehbare Zeit nicht in ausreichender Menge hergestellt werden können.



Uwe Perlitz:

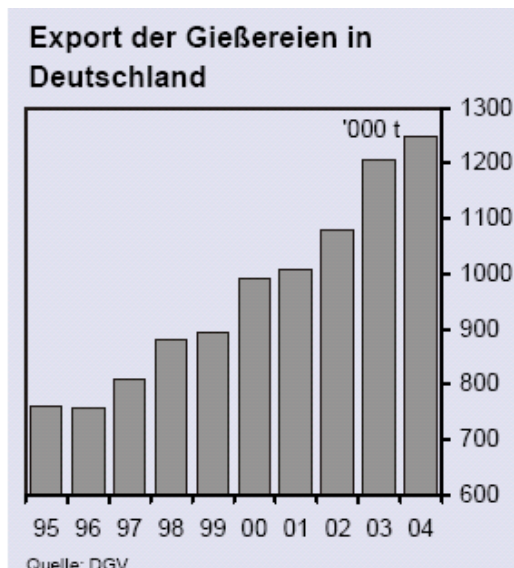
Gießereien in Deutschland. Mittelstandsbranche mit Zukunft
(= Deutsche Bank Research Aktuelle Themen Nr.323 vom 1. Juni 2005)

kann als Volltext im Internet abgerufen werden unter der Adresse:

http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000188115.pdf

Branche profitiert von Globalisierung

Seit Anfang der 90er Jahre unterliegen die Gießereien einem starken Strukturwandel. Das Zusammenwachsen der europäischen Märkte zwang die deutschen Firmen zu einer vermehrten internationalen Ausrichtung. Dies war für die mittelständisch strukturierten Unternehmen eine große Herausforderung, die aber hervorragend gemeistert wurde. Heute zählen deutsche Gießereien sogar zu den Gewinnern des Global Sourcing, da ausländische Verbraucher von Gussteilen verstärkt auf Erzeugnisse deutscher Betriebe zurückgriffen.



Die Exportquote stieg von 22% im Jahr 1995 auf 31% in 2004.

Dies zeigt, dass die Gießerei-Industrie mit ihren Produkten im internationalen Wettbewerb hervorragend bestehen kann. Ein Beispiel für die stärkere Exporttätigkeit sind die tendenziell gestiegenen Lieferungen an die französische und an die italienische Automobilindustrie. Mit der wirtschaftlichen Expansion in den neuen EU-Ländern nahmen auch die Exporte in diese Region zu.

Günstige Absatzperspektiven bestehen künftig in Osteuropa z.B. durch das Wachstum der Automobilindustrie und durch die expandierenden Bauinvestitionen. Diese dürften nach einer Analyse von Euroconstruct in Osteuropa bis 2007 um preisbereinigt 7% p.a. auf EUR 32 Mrd. zunehmen (Westeuropa: etwa 1% p.a.). Allerdings ist das Volumen im Westen erheblich höher (EUR 843 Mrd.). Nachholbedarf besteht in den Beitrittsländern sowohl bei der Infrastruktur als auch im Wohnungs- und Wirt-

Standort Deutschland attraktiv

In den letzten Jahren hat sich der Trend verstärkt, dass Kunden, die zuvor Gusserzeugnisse im Ausland gekauft haben, wieder zu Unternehmen in Deutschland zurückkehren. Nach negativen Erfahrungen mit Lieferungen aus Niedriglohnländern mussten die Kunden einsehen, dass dem Preis nicht immer oberste Priorität eingeräumt werden kann. Dies lässt sich als Bestätigung des hohen Know-how und der Qualität deutscher Gießereien interpretieren. Es zeigte sich, dass kleine und mittlere Gießereien dann besonders erfolgreich sind, wenn sie nicht die gesamte Produktpalette anbieten, sondern sich auf ausgewählte Segmente beschränken. Diese Strategie der Konzentration auf Nischen basiert auf einer konsequenten Fokussierung aller Aktivitäten des Geschäftsbereichs auf die bestmögliche Erfüllung der Kundenbedürfnisse. Zudem ist in Deutschland die Produktion je Beschäftigten schon seit längerem kontinuierlich gestiegen. Sie erreichte zuletzt 98 Tonnen gegenüber nur 47 Tonnen im Jahr 1993. Während

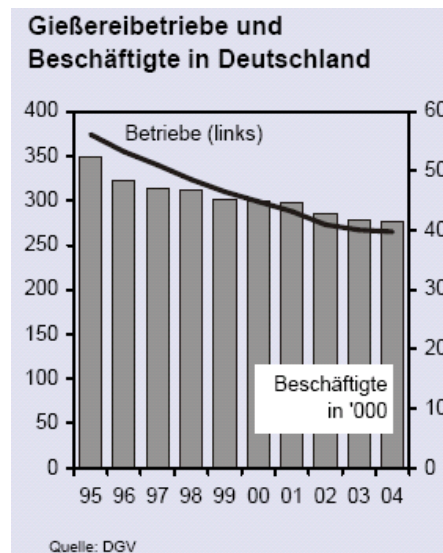
Wirtschaftsbau. Im Zuge der Restrukturierung großer Industriekombinate und infolge von Produktionsverlagerungen westeuropäischer Unternehmen nach Osten ist mit hohen Investitionen zu rechnen. Dabei spielen für die Unternehmen die Nähe zum Abnehmer vor Ort aus Kostengründen genauso eine Rolle wie die Personalkosten.

Entwicklung der realen Bauinvestitionen

	- Veränd. % gg. Vj. -					Ver- änderung % p.a. 07/04
	2003	2004	2005	2006	2007	
Westeuropa	-0,3	1,9	1,4	0,9	0,9	1,0
darunter:						
Deutschland	-3,8	-1,5	-0,7	-0,5	0,8	-0,1
Frankreich	-1,6	3,4	1,8	0,9	1,5	1,4
Großbritannien	5,9	5,0	2,7	2,2	1,1	2,0
Osteuropa	-0,4	4,4	7,3	7,5	6,3	7,0
darunter:						
Polen	-4,5	3,1	6,8	7,1	4,6	6,2
Ungarn	1,7	3,3	4,8	6,1	7,1	6,0
Tschechien	8,7	10,0	12,7	9,7	10,3	10,9

Quelle: EUROCONSTRUCT

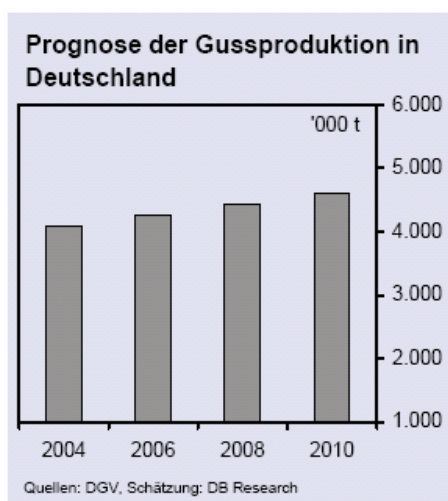
1981 für eine annähernd vergleichbare Produktionsleistung von 4 Mio. Tonnen noch 90.000 Mitarbeiter benötigt wurden, sind heute nur noch knapp 42.000. Damit ist die Produktivität im europäischen Vergleich sehr hoch. Etwa gleich produktiv sind die Gießereien nur in Frankreich, während die Effizienz in



Spanien, Italien und Großbritannien deutlich niedriger liegt (zwischen 57 und 87 Tonnen pro Beschäftigten).

Ausblick

Alles in allem rechnen wir bis zum Jahr 2010 für die Gießereien in Deutschland mit einem Wachstum der Produktionsmenge um 2% p.a. auf knapp 5 Mio. Tonnen und des Produktionswertes um 3% p.a. auf gut EUR 7 Mrd. Der Produktionswert wächst in Zukunft stärker als in der Vergangenheit, weil höherwertige Erzeugnisse und Preissteigerungen für Rohstoffe (insbesondere durch die hohe Nachfrage aus China) zu Buche schlagen. Maßgeblich für dieses Wachstum sind die gute Performance der inländischen Abnehmerindustrien – vor allem Automobilindustrie und Maschinenbau – sowie die weiterhin günstigen Exportaussichten. In die neuen EU-Länder dürften die Gussexporte weiter zunehmen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Zum einen steigt der Gussverbrauch als Folge des zu erwartenden Wirtschaftswachstums. Zum anderen verlangt der Markt Erzeugnisse in hoher Qualität, die beispielsweise in den MOE-Staaten auf absehbare Zeit nicht in ausreichender Menge hergestellt werden können. In zahlreichen Sektoren hält der Trend zu gewichtsoptimierten Bauteilen an; dadurch erhöhen sich die Anforderungen an die Zulieferer und somit auch die Chancen deutscher Exporteure.



Bei Gussteilen z.B. für die Automobilindustrie stehen die mittelständischen Gießereien marktmächtigen Großkonzernen gegenüber,

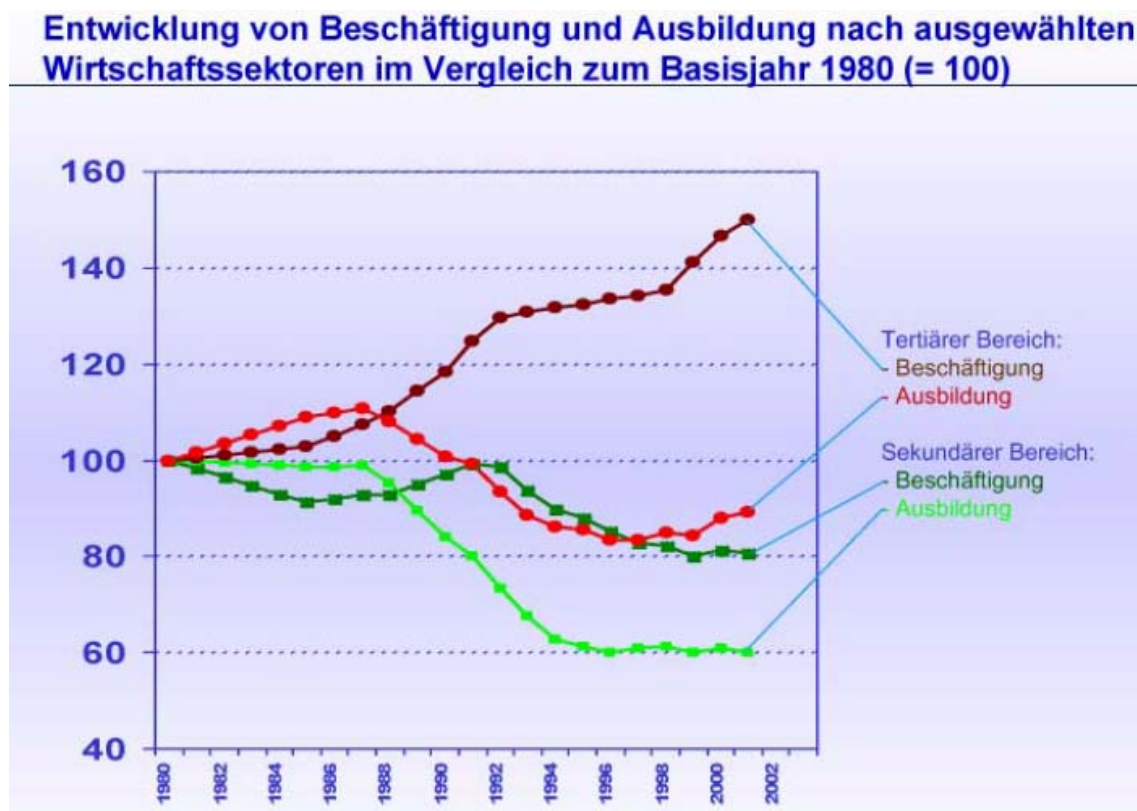
die immer wieder Preiszugeständnisse fordern. Insbesondere bei DIN-genormten Standardguss-Komponenten erfolgt der Wettbewerb in erster Linie über den Preis. Beim Konstruktionsguss – der Stärke der deutschen Gießereien – wird die Verhandlungsmacht zwar nicht geschwächt, doch tritt der Preis zugunsten der „Leistungsqualität“ in den Hintergrund. Zudem entstehen dem Kunden bei einem möglichen Lieferantenwechsel hier hohe Kosten. Diese Tendenzen ermöglichen den Gießereien nicht nur den mengenmäßigen Absatz zu steigern, sondern auch die wertmäßige Produktion – mit positiven Auswirkungen auf die Ertragslage der Branche. Ziel der Zusammenarbeit zwischen Gießerei und Abnehmer ist oft eine Koexistenz im Rahmen einer guten Partnerschaft. In den EU-Beitrittsländern wurde zwar schon viel für die Umgestaltung der Gießereien getan, ein Blick auf die Kennzahlen zeigt aber, dass noch ein langer Weg zurückzulegen ist, um das westeuropäische und vor allem das deutsche Produktionsniveau zu erreichen. Die Produktion je Beschäftigten erreichte zuletzt in Polen und Ungarn lediglich 27 bzw. 30 Tonnen, während in Deutschland die Produktivität etwa dreimal so hoch ist. Zudem müssen die Ost-Gießereien die Qualität der Erzeugnisse verbessern und die Produktpalette ändern, um zu einer echten Konkurrenz für deutsche bzw. westeuropäische Gießereien zu reifen. Da dies noch lange Zeit in Anspruch nehmen dürfte, ist dank des zu erwartenden wirtschaftlichen Aufschwungs in den MOE-Ländern in Zukunft mit kräftigen Gussimporten dieser Länder zu rechnen. Schon heute liefern deutsche Gießereien etwa 150.000 Tonnen in die neuen EU-Länder. Das Niveau ist verglichen mit den gesamten Exporten der Branche von gut 1 Mio. Tonnen zwar noch gering, doch lässt die dynamische Entwicklung insbesondere in Polen und Tschechien auf anhaltend hohe Wachstumsraten schließen.

Berufsbildungsbericht 2005: Ausbildungsangebot koppelt sich von der Beschäftigtenentwicklung ab

(K.K.) Der Berufsbildungsbericht ist seit Jahren zu so etwas geworden wie einer aktuellen Enzyklopädie der beruflichen Bildung. Wenn man das unvermeidliche und in seinem Ausgewert stetig abnehmende Ritual der Kommentierung der Situation am Markt dualer Ausbildungsstellen aus Sicht der Interessengruppen überblättert hat, dann findet man

reichlich Hintergrundinformationen zur Bildungs- und Berufsberatung. Und so ist in diesem Jahr der Bericht auf stattliche 728 Druckseiten angewachsen. Einige wenige ausgewählte Ergebnisse mögen zeigen, dass sich die Mühe der (Überblicks-)Lektüre lohnen kann.

Die Ausbildung koppelt sich ab von der Entwicklung der Beschäftigung



(Grafik S.8)

In dieser langfristigen Darstellung der Entwicklung wird deutlich: Nicht nur die Branchen des Verarbeitenden Gewerbes, die – abgesehen vom einmaligen Schub nach der staatlichen Wiedervereinigung – stetig Beschäftigung abbauen, verabschieden sich von

ihrem Ausbildungsengagement – und damit nicht nur von einer neuerdings wieder entdeckten „patriotischen Pflicht“, sondern auch von der ökonomisch vorausschauenden Selbstversorgung mit dem erforderlichen „Humankapital“. Auch die vielfältigen Bran-

chen des Dienstleistungssektors, die in den zurück liegenden zwei Jahrzehnten um die Hälfte ausgebaut haben (und damit in der Summe fast drei Viertel des gesamten Arbeitsmarkts in Deutschland ausmachen), liegen heute bei der Ausbildung noch unter dem Niveau von 1980. Der Berufsbildungsbericht kommentiert das so:

„Dies bedeutet, dass es zumindest in Teilen des tertiären Sektors noch einen erheblichen Nachholbedarf gibt, in denen sich noch keine Ausbildungstradition entwickelt hat wie sie im Bereich der gewerblich-technischen Berufe oder im Handwerk traditionell üblich ist. Betriebe insbesondere in wachsenden


Branchen sollten daher gezielt an die duale Berufsausbildung heran geführt werden bzw. über die ihnen oft nicht bekannten adäquaten Qualifizierungsmöglichkeiten in nach dem Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung anerkannten Ausbildungsberufen informiert werden.“ (S.8)

Man könnte auch argumentieren, dass die Überlegungen zur staatlichen Sorge für die Wiedererlangung eines ausreichenden Ausbildungsangebotes auch so etwas sind wie Maßnahmen zur Verhinderung eines Selbstmordes der Betriebe.

Verwirklichung des Grundrechts auf Berufswahlfreiheit in regionaler und kultureller Schieflage

Übersicht 1.3.3/2: Übereinstimmung von Ausbildungsberuf und Wunschberuf bei Schulabsolventen und -absolventinnen des Jahres 2004 in Prozent

	Männlich	Weiblich	Alte Länder	Neue Länder einschl. Berlin	ohne Migrations- erfahrung	mit Migrations- erfahrung	Gesamt
ja	75,6	74,3	76,9	67,1	76,1	69,6	75,1
teilweise	15,0	15,4	15,9	12,2	15,1	15,9	15,2
nein	9,4	10,3	7,2	20,7	8,9	14,5	9,8

 Der (leider grafisch nur sehr spärlich ausgestattete) **Berufsbildungsbericht 2005** kann als Volltext im Internet abgerufen werden unter der Adresse:

http://www.bmbf.de/pub/bbb_2005.pdf

Die Zahl der Schulabgänger, und damit der Berufserstwähler steigt im Westen noch ein knappes Jahrzehnt lang deutlich:

Übersicht 1.4/1: Voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Schulabgänger und -abgängerinnen aus allgemein bildenden Schulen von 2004 bis 2015

	ohne Haupt- schulab- schluss	mit Haupt- schulab- schluss	mit Real- schulab- schluss	mit Fachhoch- schulreife	mit allge- meiner Hoch- schulreife	Insgesamt	Veränderung gegenüber 2004	
							abs.	in %
Alte Länder								
2004	61.974	207.090	293.089	9.707	161.117	732.977		
2005	61.574	206.674	298.347	10.154	164.902	741.651	8.674	1,2
2006	61.303	206.078	301.626	10.582	173.917	753.506	20.529	2,8
2007	59.815	200.978	309.355	10.881	182.293	763.322	30.345	4,1
2008	58.169	193.069	303.045	11.034	186.213	751.530	18.553	2,5
2009	57.479	186.543	296.313	11.410	192.677	744.422	11.445	1,6
2010	57.096	182.814	288.635	11.508	201.415	741.468	8.491	1,2
2011	57.571	182.351	282.188	11.255	247.303	780.668 ¹⁾	47.691	6,5
2012	58.268	186.586	283.922	10.330	214.379	753.485	20.508	2,8
2013	57.808	186.719	291.943	10.124	242.388	788.982 ¹⁾	56.005	7,6
2014	56.987	187.422	289.132	9.907	193.672	737.120	4.143	0,6
2015	55.879	183.917	286.726	10.063	188.451	725.036	-7.941	-1,1
Neue Länder und Berlin								
2004	24.202	36.357	100.262	543	57.931	219.295		
2005	22.798	34.361	96.646	543	58.813	213.161	-6.134	-2,8
2006	20.605	30.008	92.895	534	58.708	202.750	-16.545	-7,5
2007	17.798	24.670	78.857	726	65.728	187.779	-31.516	-14,4
2008	15.796	20.652	60.835	602	62.154	160.039	-59.256	-27,0
2009	14.302	18.313	50.922	365	49.823	133.725	-85.570	-39,0
2010	13.601	17.236	46.365	224	39.543	116.969	-102.326	-46,7
2011	13.899	17.439	44.267	206	33.895	109.706	-109.589	-50,0
2012	14.403	18.325	46.186	196	36.973	116.083	-103.212	-47,1
2013	14.900	19.292	49.144	196	29.107	112.639	-106.656	-48,6
2014	15.499	19.677	51.061	196	30.198	116.631	-102.664	-46,8
2015	15.398	21.353	54.389	206	32.039	123.385	-95.910	-43,7
Bundesgebiet								
2004	86.176	243.447	393.351	10.250	219.048	952.272		
2005	84.372	241.035	394.993	10.697	223.715	954.812	2.540	0,3
2006	81.908	236.086	394.521	11.116	232.625	956.256	3.984	0,4
2007	77.613	225.648	388.212	11.607	248.021	951.101	-1.171	-0,1
2008	73.965	213.721	363.880	11.636	248.367	911.569	-40.703	-4,3
2009	71.781	204.856	347.235	11.775	242.500	878.147	-74.125	-7,8
2010	70.697	200.050	335.000	11.732	240.958	858.437	-93.835	-9,9
2011	71.470	199.790	326.455	11.461	281.198	890.374	-61.898	-6,5
2012	72.671	204.911	330.108	10.526	251.352	869.568	-82.704	-8,7
2013	72.708	206.011	341.087	10.320	271.495	901.621	-50.651	-5,3
2014	72.486	207.099	340.193	10.103	223.870	853.751	-98.521	-10,3
2015	71.277	205.270	341.115	10.269	220.490	848.421	-103.851	-10,9

¹⁾ Die Zahlenreihen berücksichtigen die Umstellung der Schulzeit von 13 auf 12 Schuljahren in einigen Ländern und die sich dadurch ergebenden Auswirkungen auf die Absolventenzahl. Das macht sich insbesondere im Jahr 2011 und 2013 bemerkbar. Aufgrund von Rundungsdifferenzen ergeben sich leichte Abweichungen gegenüber anderen Schätzungen

Berufsbildungsforschung zum recherchieren: Forschungsdatenbank des BIBB geht online

Quelle: Pressemitteilung des Bundesinstituts für Berufsbildung vom 23. Juni 2005

Welche Forschungsthemen werden z.Zt. im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) bearbeitet? Mit welchen Forschungsfragen hat sich das Institut im vielfältigen Themenbereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung bisher beschäftigt? Wer hat die Themen bearbeitet? Welche Forschungsergebnisse liegen vor? Diese und viele weitere Fragen können in der jetzt online gegangenen Forschungsdatenbank des BIBB ab sofort selbstständig recherchiert werden unter

www.bibb.de/fodb

weiter: → Forschungsdatenbank

Die Datenbank dokumentiert die Forschungsarbeiten des BIBB von den 80er Jahren bis heute und präsentiert grundlegende Informationen sowohl aus den bereits abgeschlosse-

nen wie aus den laufenden Projekten. Dazu gehören neben allgemeinen Angaben wie z.B. der Laufzeit der Forschungsarbeiten und den an ihnen beteiligten Forschern/innen der Antragstext, ggf. Informationen zum Zwischenstand des Projekts bzw. zu seinem Abschluss sowie - für die letzten Jahre - Hinweise auf die im Forschungskontext veröffentlichten Publikationen. Besteht über die vorgestellten Inhalte hinaus weiterer Informationsbedarf zum Thema, kann über die ausgewiesene E-Mail-Adresse unmittelbar Kontakt zu den jeweiligen Forschern/innen im BIBB aufgenommen werden.

Auskunft zur Forschungsdatenbank erteilen im BIBB Angela Menk, Tel.; 0228/107-2025, E-Mail: menk@bibb.de oder Hildegard Baarß Tel.; 0228/107-2029, E-Mail: hildegard.baarss@bibb.de

Höhere Bildung schützt auch in der Krise vor Arbeitslosigkeit

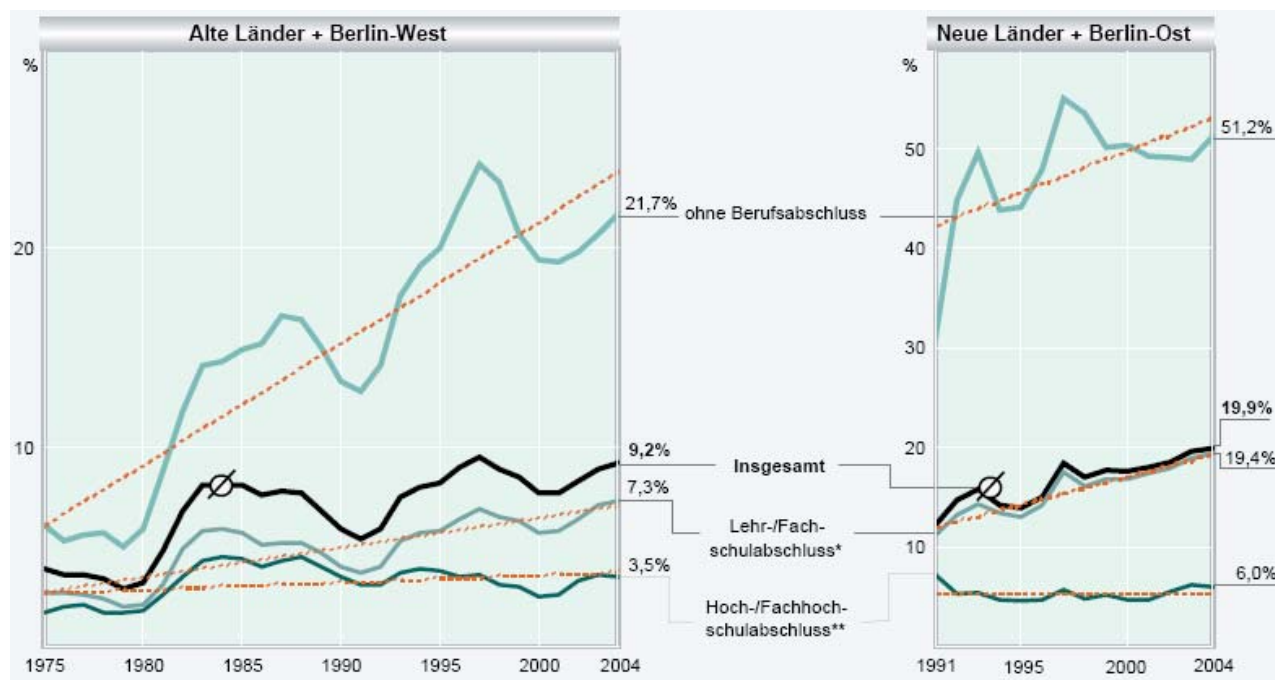
Neueste Ergebnisse aus der IAB-Qualifikationsforschung: Vertraute und überraschende Befunde

von Karl-Heinz P. Kohn

Zu den wertvollsten - regelmäßig aktualisierten - Ergebnissen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gehören die qualifikationsspezifischen Befunde über die Entwicklung der Arbeitsmarktchancen. Da die Datengrundlage, zum Beispiel zur Ermittlung der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten, sehr schwierig zu bereinigen ist und in der Regel erst sehr zeitversetzt zur Verfügung steht, beziehen sich die jeweils aktuellsten Daten meist auf den Zeitraum von vor zwei bis drei Jahren. Da das IAB-Team um

Alexander Reinberg aber jeweils auch die langjährige Entwicklung plastisch veranschaulicht, wird schnell klar: In so kurzer Zeit, also in zwei bis drei Jahren verändert sich auch in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit die Welt am Arbeitsmarkt nicht. In diesem Jahr haben es die Forscher aber sogar geschafft, Ergebnisse schon für das letzte Jahr zu rechnen. Im Folgenden werden zwei zentrale Ergebnisgrafiken und eine der Tabellen präsentiert und kommentiert. Der entsprechende IAB-Kurzbericht kann wie immer kostenlos im Volltext aus dem Internet geladen werden (Adresse und genaue Titelangabe siehe unten).

Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten



Die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten zeigen seit Jahren das gleiche Bild. Ein Bild, das Laienurteile zum Teil bestätigt, zum Teil widerlegt. Bestätigt wird der alte Satz: Je

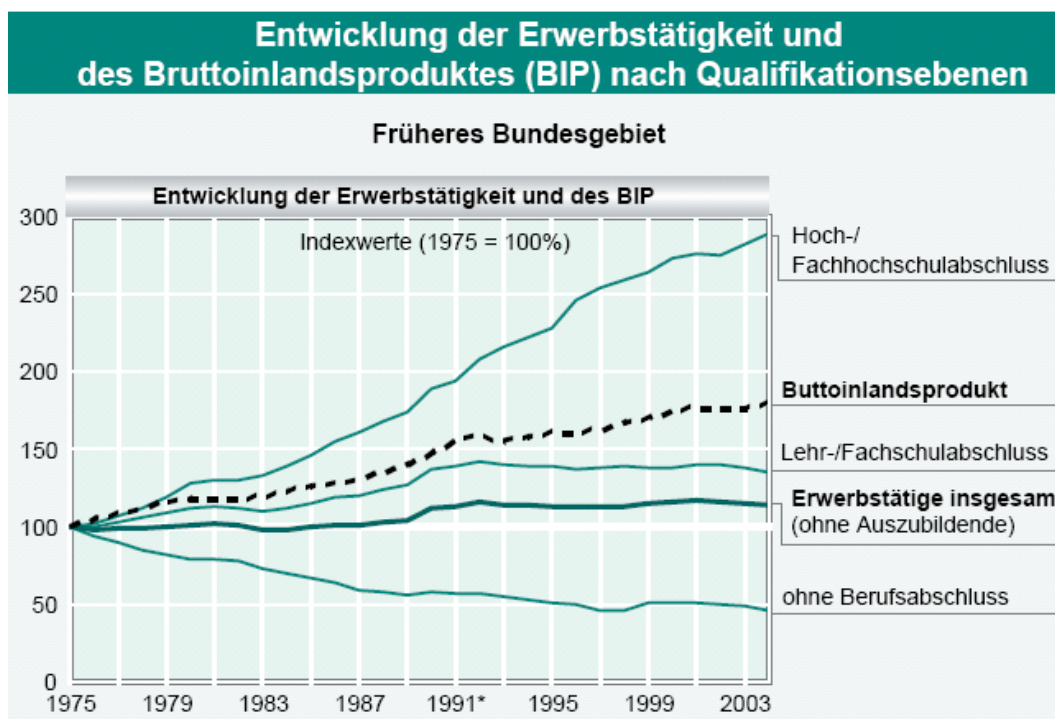
höher die Bildung, desto besser die Chancen. Dabei wird in der langen Sicht deutlich, dass dieser Satz im Zeitverlauf immer gültiger wird – hinweg über alle Konjunkturzyklen, die sich

deutlich in der Arbeitslosigkeitsentwicklung abzeichnen. Denn die Abstände zwischen den Qualifikationsstufen werden immer größer. Am stärksten vom Risiko der Arbeitslosigkeit betroffen sind erwartungsgemäß die Arbeitnehmer, die weder über eine duale oder schulische Berufsausbildung verfügen noch über einen Studienabschluss. Im Westen ist mal jeder Vierte, mal – wie aktuell – jeder Fünfte aus der Gruppe der so genannten „Ungelernten“ von Arbeitslosigkeit betroffen. In den jungen Bundesländern ist gar jeder Zweite arbeitslos, die Arbeitslosenquote liegt über 50 Prozent. Dabei ist allerdings zu beachten, dass diese erschreckende Quote nur eine relativ kleine Gruppe von Menschen betrifft, denn das Bildungssystem der DDR hat nur sehr Wenige ohne beruflichen Abschluss in das Erwerbsleben entlassen.

Und welche Vorurteile werden widerlegt? Nun, nicht nur in den bunten Blättern der politischen Klatschpresse geistert immer wieder das Gespenst vom „Dr. Arbeitslos“, wie in der gleichnamig überschriebenen SPIEGEL-Son-

derserie über den Akademikerarbeitsmarkt aus dem Jahre 1993, einem Jahr, in dem die Arbeitslosenquote der Akademiker im Westen bei etwa 3,7 Prozent lag. Auch an den Stammtischen und in den Lehrerzimmern der Republik wird die Investition in ein Studium allgemein als höheres Arbeitsmarktrisiko gesehen als die Aufnahme einer klassischen Berufsausbildung. Die jeweiligen Quoten zeigen aber ein ganz anderes Bild: Über drei Jahrzehnte waren Akademiker immer deutlich seltener von Arbeitslosigkeit betroffen als Arbeitnehmer mit dualer oder schulischer Berufsausbildung. Dieser Vorteil weitet sich seit gut zehn Jahren noch aus und ist in den jungen Bundesländern noch größer als im Westen – auch wenn die Lage dort für alle Gruppen natürlich schwieriger ist. Im Westen aber signalisieren die spezifischen Arbeitslosenquoten für Akademiker schlicht Vollbeschäftigung (die wird nämlich wegen einer immer vorhandenen reinen Sucharbeitslosigkeit von bis zu drei Prozent auf diesem Niveau definiert).

Qualifikationsspezifische Beschäftigungsschwellen



Sehr verdichtet, aber umso aussagefähiger ist auch die obige Grafik. Hier zeichnet sich ab, wie unterschiedlich die Entwicklungspfade sind: des wirtschaftlichen Wachstums auf der eine Seite und der Beschäftigung auf den unterschiedlichen Qualifikationsstufen andererseits. Der Fortschritt der Produktivität, der eine moderne Volkswirtschaft auszeichnet, lässt hier natürlich eine Lücke entstehen: Beschäftigung wächst langsamer als der wirtschaftliche Reichtum, weil es möglich ist, mit einem geringer werdenden Arbeitseinsatz die gleiche Menge an Waren (und in geringerem Maße: Dienstleistungen) zu produzieren. Der Abstand zwischen beiden Entwicklungspfaden wird gerne auch die Beschäftigungsschwelle genannt: Sie gibt an, um wie viel Prozent das Bruttoinlandsprodukt wachsen muss, bevor der erste neue Arbeitsplatz entsteht. Die allgemeine Beschäftigungsschwelle lässt sich in der Grafik also ablesen am Abstand zwischen der gestrichelt schwarzen Linie, die das wirtschaftliche Wachstum der vergangenen drei Jahrzehnte markiert und der dickeren grünen Linie, die für die Entwicklung der Arbeitsplätze in Deutschland steht. (Auch hier vielleicht für Stammtische und Redaktionsstuben die Überraschung: beides ist deutlich gewachsen, Standortgejammer hin, Standortgejammer her.)

Besonders interessant ist aber der Blick auf die höchst unterschiedlichen Entwicklungen der Qualifikationsstufen: Während die „Ungelehrten“ im Gegensatz zu allen anderen Erwerbsgruppen kontinuierlich und deutlich Arbeitsplätze verlieren, liegt das Wachstum der Arbeitsplätze für Akademiker sehr deutlich

über dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. (Wir haben hier so etwas wie eine „umgekehrte Beschäftigungsschwelle.)

In der Summe kann gesagt werden: Eine Analyse des Arbeitsmarktes, die nicht nach Qualifikationsstufen unterscheidet, ist wenig aussagekräftig. Die Durchschnittswerte, die Durchschnittsquoten, sind für den Berufswähler so aussagekräftig wie die mittlere Wassertiefe eines Sees mit sanfter Böschung für den Nichtschwimmer. Der strukturelle Wandel von Arbeit und Wirtschaft macht sich vielleicht hier, in der Veränderung der spezifischen Arbeitsmarktchancen am deutlichsten bemerkbar. Sträflich ist das allgemeine Schwarzmalen am Standort Deutschland, das (nicht nur) junge Leute zur Skepsis gegenüber eigenen Bildungsinvestitionen führt.

Das allgemeine Sonntagsreden aber, das „Bildung zum Megathema“ macht und „Integrationsbereitschaft zur Pflicht“, das „Fördern und Fordern“ verkoppelt, aber Förderleistungen abbauen lässt ebenso wie die Ausbildungschancen von Hauptschülern und jungen Menschen mit Migrationshintergrund – diese Haltung wird unter der Perspektive der gezeigten Ergebnisse zur unterlassenen Hilfeleistung angesichts plastisch heraufziehender menschlicher Katastrophen für die Betroffenen.

vgl. hierzu auch den Beitrag von Jutta Allmendinger: „Ein ausbruchssicheres Gefängnis“ auf dem 4. SPD-Programmforum, abgedruckt in der *Frankfurter Rundschau* vom 23. Juni 2005, den wir in der Rubrik „Pressemeldungen“ weiter unten, auf den Seiten 27 bis 29 dokumentieren.

Die weitere Differenzierung zeigt:

Frauen bleiben benachteiligt – und Akademiker bleiben auch im Alter vollbeschäftigt

Die Qualifikationsforscher am IAB legen ihre aktuellen Ergebnisse erstmals auch in der Untergliederung nach Altersgruppen vor. Und so lässt sich neben der – leider – wenig überraschenden Aussage, dass sich die nach wie vor

fast ausschließlich den Frauen aufgebürdete unbezahlte Arbeit für Familien auch in unterschiedlichen Arbeitsmarktrisiken niederschlägt, angesichts der folgenden Tabelle ein überraschender neuer Befund festhalten:

Alters- und qualifikationsspezifische Arbeitsmarktentwicklungen in Deutschland 1998 bis 2004														
Jahr	Arbeitslose				Zivile Erwerbstätige (ohne Auszubildende)				Be- völke- rung ins- gesamt	Arbeitslosenquoten				Er- werbs- quoten ins- gesamt
	ins- gesamt	darunter			ins- gesamt	darunter				ins- gesamt	darunter			
		ohne Berufs- ab- schluss	Lehr-/ Fach- schule	Hoch-/ Fach- hoch- schule		ohne Berufs- ab- schluss	Lehr-/ Fach- schule	Hoch-/ Fach- hoch- schule			ohne Berufs- ab- schluss	Lehr-/ Fach- schule	Hoch-/ Fach- hoch- schule	
in 1.000									in %					
a) Insgesamt														
1998	3.965	1.531	2.236	198	33.961	4.392	23.971	5.597	69.057	10,5	25,8	8,5	3,4	54,9
1999	3.943	1.482	2.263	198	34.429	4.860	23.896	5.674	69.266	10,3	23,4	8,7	3,4	55,4
2000	3.685	1.395	2.114	176	34.625	4.888	23.906	5.831	69.482	9,6	22,2	8,1	2,9	55,1
2001	3.743	1.386	2.176	180	34.894	4.887	24.129	5.877	69.821	9,7	22,1	8,3	3,0	55,3
2002	3.942	1.396	2.322	224	34.663	4.785	24.018	5.860	70.121	10,2	22,6	8,8	3,7	55,1
2003	4.207	1.446	2.507	253	34.316	4.709	23.639	5.967	70.370	10,9	23,5	9,6	4,1	54,7
2004	4.264	1.462	2.549	253	33.770	4.488	23.151	6.131	*	11,2	24,6	9,9	4,0	
b) im Alter von 15-34 Jahren														
1998	1.325	572	701	51	11.680	1.680	8.481	1.518	21.795	10,2	25,4	7,6	3,3	59,7
1999	1.249	543	658	48	11.488	1.873	8.131	1.483	21.327	9,8	22,5	7,5	3,1	59,7
2000	1.175	515	621	40	11.185	1.872	7.834	1.480	20.890	9,5	21,6	7,3	2,6	59,2
2001	1.230	535	654	40	10.895	1.915	7.525	1.455	20.566	10,1	21,9	8,0	2,7	59,0
2002	1.352	545	746	60	10.402	1.866	7.142	1.394	20.266	11,5	22,6	9,5	4,2	58,0
2003	1.431	545	818	68	9.981	1.852	6.774	1.355	19.982	12,5	22,7	10,8	4,8	57,1
2004	1.435	541	826	67	9.336	1.646	6.357	1.333	*	13,3	24,7	11,5	4,8	
c) im Alter von 35-54 Jahren														
1998	1.717	624	992	101	17.579	1.946	12.385	3.248	23.187	8,9	24,3	7,4	3,0	83,2
1999	1.771	625	1.044	102	18.198	2.198	12.669	3.330	23.634	8,9	22,1	7,6	3,0	84,5
2000	1.717	603	1.018	96	18.776	2.267	13.070	3.440	24.304	8,4	21,0	7,2	2,7	84,3
2001	1.846	626	1.118	103	19.419	2.273	13.602	3.544	24.888	8,7	21,6	7,6	2,8	85,4
2002	2.025	664	1.235	126	19.645	2.238	13.842	3.565	25.314	9,3	22,9	8,2	3,4	85,6
2003	2.302	745	1.406	151	19.718	2.200	13.858	3.660	25.634	10,5	25,3	9,2	4,0	85,9
2004	2.354	766	1.436	152	19.685	2.177	13.737	3.771	*	10,7	26,0	9,5	3,9	
d) im Alter von 55-64 Jahren														
1998	923	334	543	45	4.339	676	2.898	764	11.008	17,5	33,1	15,8	5,6	47,8
1999	924	315	562	48	4.367	695	2.882	790	10.955	17,5	31,2	16,3	5,7	48,3
2000	793	276	476	41	4.289	653	2.800	836	10.594	15,6	29,7	14,5	4,7	48,0
2001	667	225	405	37	4.179	598	2.774	806	10.302	13,8	27,3	12,7	4,4	47,0
2002	565	187	341	37	4.202	580	2.794	829	10.103	11,8	24,4	10,9	4,3	47,2
2003	474	156	284	34	4.174	560	2.749	865	9.894	10,2	21,8	9,4	3,8	47,0
2004	475	154	287	34	4.299	565	2.802	932	*	10,0	21,4	9,3	3,5	
e) im Alter von 65 Jahren und mehr														
1998					363	90	206	67	13.067					2,8
1999					377	94	213	70	13.351					2,8
2000					375	96	203	76	13.694					2,7
2001					401	101	228	72	14.066					2,9
2002					414	101	241	72	14.439					2,9
2003					442	97	259	87	14.860					3,0
2004					450	100	255	95	*					
Quellen:	Arbeitslosenstatistik, (jeweils im September)				Mikrozensus, eigene Berechnungen				Statistisches Bundesamt					

* für 2004 noch keine amtlichen Bevölkerungszahlen vorhanden


Die Autoren halten fest, „dass ältere Akademiker ihre Arbeitsmarktsituation in den letzten Jahren sogar noch verbessern konnten. Im Jahr 2004 hatten sie nicht nur die niedrigsten Arbeitslosenquoten aller Vergleichsgruppen (3,5%), sondern konnten – entgegen dem demographischen Abwärtstrend – bei der Beschäftigung sogar noch zulegen. Zwischen 1998 und 2004 stiegen deren Erwerbstätigenzahlen nahezu kontinuierlich von 764.000 auf 932.000. Demgegenüber mussten alle anderen Qualifikationsebenen in diesem Lebensalter entsprechende Beschäftigungsverluste verkraften [...]. Allein diese Fakten widerlegen das Vorurteil, ältere Arbeitnehmer seien in toto Problemgruppen am Arbeitsmarkt. Auch hier spielt die Qualifikation eine entscheidende Rolle. Sicherlich ist es heutzutage auch für einen älteren Akademiker nicht leicht, nach Kündigung und längerer Arbeitslosigkeit einen

neuen Arbeitsplatz zu finden. Dennoch könnte man hier bei einer Arbeitslosenquote von 3,5 Prozent – zugespitzt – schon fast von Vollbeschäftigung sprechen. Und dies nicht etwa deshalb, weil nur noch wenige Ältere dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden. Im Gegenteil: Die Erwerbsquoten älterer Akademiker liegen mit über 70 Prozent deutlich über dem Durchschnitt (von ca. 47 Prozent).“

Karl-Heinz P. Kohn

lehrt Arbeitsmarkt
(Statistik, Theorie, Politik und Beratung)
an der Fachhochschule der
Bundesagentur für Arbeit
in Schwerin




Der Kurzbericht des IAB ist
wie immer im Volltext kostenlos
aus dem Internet zu laden.

**Alexander Reinberg und Markus Hummel (2005):
Vertrauter Befund.
Höhere Bildung schützt auch in der Krise vor Arbeitslosigkeit**

(= IAB Kurzbericht Nr. 9 vom 13. Juni 2005)
<http://doku.iab.de/kurzber/2005/kb0905.pdf> .

Duale Berufsausbildung vs. Berufsfachschulen: Schützt eine der beiden Ausbildungsformen besser vor Erwerbslosigkeit?

Quelle: Pressemitteilung des Bundesinstituts für Berufsbildung vom 21. 4. 2005
www.BiBB.de

Der OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“ von 2004 stellt fest: Bei Erwerbspersonen, die eine Duale Berufsausbildung absolviert haben, liegt die Erwerbslosigkeit um zwei bis drei Prozent höher als bei denjenigen, die ihren Berufsabschluss an einer vollqualifizierenden Berufsfachschule erworben haben. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) hat untersucht, welche Faktoren diese Unterschiede beeinflussen und kommt zu dem Schluss: Die höhere Erwerbslosenrate von Absolventen/innen einer Dualen Berufsausbildung kann nicht als Beleg für systembedingte schlechtere Erwerbschancen dual qualifizierter Fachkräfte herangezogen werden. Maßgeblich beeinflusst werden die Unterschiede bei der Erwerbslosigkeit zwischen Absolventen/innen dualer bzw. schulischer Ausbildungsgänge vielmehr von zwei Faktoren: Den unterschiedlichen Bildungsniveaus der Auszubildenden bzw. Schüler/innen sowie den unterschiedlichen Berufsbereichen, in denen die Ausbildung erfolgt. D.h., nicht die spezifische Form der Ausbildung ist Ursache für das jeweilige Erwerbslosigkeitsrisiko der beiden Gruppen, sondern vielmehr ihr Ausbildungsberuf und ihr allgemeinbildender Schulabschluss.

Zu diesem Ergebnis kommt das BiBB nach einer ersten Auswertung des Mikrozensus 2003, der amtlichen Repräsentativstatistik in Deutschland.¹³

¹³ Die Stichprobe weist hochgerechnet 25.184.226 Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 64 Jahren aus, deren höchster Bildungsabschluss ein berufsqualifizierender Abschluss im Sekundarbereich II ist. Davon haben 23.422.172 Personen eine Duale Berufsausbildung durchlaufen und 1.762.054 Personen ihren Abschluss an einer Berufsfachschule erworben.

Zu den für die Erwerbslosigkeit im wesentlichen verantwortlichen Strukturmerkmalen im Einzelnen:

Berufsbereich der Ausbildung: Betriebliche und berufsfachschulische Ausbildungsgänge qualifizieren für unterschiedliche Teilarbeitsmärkte mit unterschiedlichen Beschäftigungsaussichten. Berufsfachschulen konzentrieren sich bei ihrem Bildungsangebot auf sach- und personenbezogene Dienstleistungsberufe (z.B. technische Assistenten/innen-Berufe u.a. im Bereich der Informatik, kaufmännische Assistenten/innen-Berufe und Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen). Schwerpunkt der Dualen Berufsausbildung sind dagegen die gewerblich-technischen Berufe.

Gleichzeitig ist festzustellen: Erwerbspersonen, die eine Ausbildung in einem gewerblich-technischen Beruf absolvierten, haben mit 13,2% eine um 4,4 Prozentpunkte höhere Erwerbslosenrate als Erwerbspersonen, die in einem Dienstleistungsberuf ausgebildet wurden (8,8%). D.h., die geringere Erwerbslosigkeit von Berufsfachschulabsolventen/innen begründet sich in dem (Dienstleistungs)Beruf, den sie erlernt haben, und nicht in der spezifischen Form ihrer Ausbildung.

Schulische Vorbildung: Berufsfachschulen verlangen bei der Aufnahme von ihren Schülern/innen überwiegend einen mittleren Schulabschluss. Damit nehmen sie eine Positivauswahl im Vergleich zum Dualen System vor, das grundsätzlich keine schulischen Abschlüsse voraussetzt. Daraus folgt: Erwerbspersonen mit einem Berufsfachschulabschluss haben im Durchschnitt höhere allgemeinbildende Schulabschlüsse als betrieblich

Ausgebildete. Bei der mittleren Reife haben sie einen Vorsprung von 6 Prozentpunkten, beim Abitur liegt er sogar bei 13 Prozentpunkten. Absolventen des Dualen Systems besitzen dagegen zu knapp 50% einen Hauptschulabschluss (Berufsfachschulen: knapp 30%).

Der Arbeitsmarkt zeigt: Die Erwerbslosenquote liegt für Abiturienten/innen bei 6,8% - bei Hauptschülern/innen beträgt sie 10,6%. Auch hier ist daher davon auszugehen, dass die Unterschiede bei der Erwerbslosenrate zwischen Absolventen/innen der Berufsfachschule und denen des Dualen Systems nicht auf die Form der Ausbildung sondern vielmehr auf die im Schnitt höhere schulische Qualifikation der Berufsfachschüler/innen zurückzuführen ist. Fazit: Unter Berücksichtigung arbeitsmarktrelevanter Merkmale unterscheiden sich die Erwerbchancen von Absolventen/innen der unterschiedlichen Ausbildungssysteme nicht voneinander. D.h. es gibt keine systematischen Unterschiede im Erwerbslosigkeitsrisiko zwischen Absolventen/innen des Dualen Systems und von vollqualifizierenden Berufs-

fachschulen, die auf die spezifische Form der Ausbildung zurückzuführen sind.

Über die hier dargestellten Faktoren hinaus wurden weitere tiefergehende Aspekte des Zusammenhangs zwischen Ausbildungsabschluss und Erwerbslosigkeitsrisiko in einem multivariaten Modell untersucht. Die Gesamtergebnisse der Untersuchung werden vorgestellt in dem Aufsatz von Anja Hall und Hans-Joachim Schade: „Welche Ausbildung schützt besser vor Erwerbslosigkeit? Der erste Blick kann täuschen! Absolventen einer Dualen Berufsausbildung und von Berufsfachschulabsolventen im Vergleich“, erschienen in der aktuellen Ausgabe 2/2005 der Zeitschrift des BIBB „Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP)“.

Die Zeitschrift ist zum Preis von 7,90 € zu beziehen beim W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG, Postfach 10 06 33, 33506 Bielefeld, Tel. 0521/911 01-11, Fax: 0521/911 01-19, E-Mail: service@wbv.de

Letzte Änderung: 10.06.2005

Teilnehmerzahlen bei beruflicher Weiterbildung rückläufig Bundesregierung antwortet auf parlamentarische Anfrage der FDP

Quelle: Pressedienst des Deutschen Bundestages vom 23. Juni 2005

Berlin: (hib/VOM) Ende Mai dieses Jahres haben 114.000 Personen an Veranstaltungen zur beruflichen Weiterbildung teilgenommen. Das waren 42 Prozent weniger als im Mai des Vorjahres, teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort (15/5795) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (15/5630) mit.

Die durchschnittliche Zahl der jährlichen Teilnehmer an der geförderten beruflichen Weiterbildung habe ebenfalls im Mai nach den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit 120.300 Teilnehmer betragen. Sowohl die Bundesregierung als auch die Bundesagentur erwarteten, dass die jahresdurchschnittliche

Teilnehmerzahl in diesem Jahr bei rund 100.000 Personen liegen wird. Zusätzlich stünden den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhebliche Mittel für Eingliederungsleistungen zur Verfügung, die auch für die Förderung der Weiterbildung eingesetzt werden könnten. Der Regierung ist nach eigenen Angaben bekannt, dass die deutlich zurückgegangenen Teilnehmerzahlen in der beruflichen Weiterbildung zu einem schärferen Wettbewerb und zu Standortschließungen, Insolvenzen und Personalabbau bei den Weiterbildungsträgern geführt haben.

Das breite Angebot am freien Weiterbildungsmarkt werde auch zukünftig gewährleistet, heißt es in der Antwort, dass qualitativ hochwertige Weiterbildungen im Zuge der Arbeitsförderung ermöglicht werden können. Nach Aussage der Regierung bleibt die berufliche Weiterbildung von erheblicher Bedeutung. Die

Bundesagentur für Arbeit werde mit der geförderten Weiterbildung weiterhin einen beachtlichen Beitrag dazu leisten. Trotz der rückläufigen Teilnehmerzahlen dürfe nicht verkannt werden, dass die Bundesagentur insgesamt mit einem breiten Instrumentarium die Qualifizierung auch behinderter Menschen fördere.

Urteil der Stiftung Warentest über die Weiterbildungsberatung im Bundestag unter der Lupe

Quelle: Pressedienst des Deutschen Bundestages vom 23. Juni 2005

Berlin: (hib/VOM) Die Bewertung der öffentlichen Weiterbildungsberatung durch die Stiftung Warentest mit "ausreichend" ist für die CDU/CSU-Fraktion Anlass für eine Kleine Anfrage (15/5763). Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung teste die Stiftung seit Juli 2002 Angebote zur beruflichen Weiterbildung, heißt es darin.

Ziel soll es sein, den Weiterbildungsmarkt mit etwa 35.000 Anbietern und rund 400.000 unterschiedlichen Produkten transparenter zu gestalten und die Qualitätsbemühungen der Anbieter zu steigern. In ihrem Sonderheft "Test spezial" mit dem Titel "Weiterbildung - Neue Chancen im Job" vom November 2004 habe die Stiftung die Inhalte von Gesprächen der Beratungsstellen der Bundesagentur für Arbeit mit "ausreichend" bewertet. Für die Fraktion erscheint damit die Effizienz von Weiterbildungsmöglichkeiten als Mittel im Kampf

gegen die Arbeitslosigkeit in Frage gestellt. Die Regierung soll sagen, wie sie sich dieses Urteil erklärt und welchen Handlungsbedarf sie daraufhin sieht.

Unter anderem soll sie dazu Stellung nehmen, dass die getesteten Berater häufig nicht auf die Interessen und Qualifikationen der Ratsuchenden eingegangen seien und fast ausschließlich über mögliche Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten geredet hätten. Gefragt wird auch, wie sich die Regierung dazu stellt, dass einige getestete Agenturen gegenüber Personen, die in einem Anstellungsverhältnis standen und um Informationen für eine berufliche Fortbildung baten, eine Beratung ablehnten. Schließlich soll die Regierung sagen, ob sie in einer verstärkten Förderung der kommunalen Beratungsstellen durch den Bund eine sinnvolle Option sieht.

Das Zürcher Laufbahnberatungsmodell (ZLM) Private Laufbahnberatung in Deutschland

von Achim Wagner

Öffentliche Berufsberatung und private Laufbahnberatung ergänzen einander

Öffentliche und private Beratungsangebote bedienen unterschiedliche Bedürfnisse: Öffentliche Beratungsdienstleistungen sind räumlich und fachlich auf ein flächendeckendes

Angebot ausgerichtet, private Dienstleistungen bedienen eher spezifische Bedürfnisse.

Die Bedeutung eines öffentlich finanzierten Beratungsangebotes

Eine öffentlich finanzierte staatliche Berufsberatung hat in Deutschland im Bereich der Beratung von SchülerInnen und Jugendlichen eine lange Tradition. In der Bundesanstalt für Arbeit hatte die Fachaufgabe Berufsberatung organisatorisch in einer eigenen Fachabteilung Berufsberatung lange Zeit günstige Rahmenbedingungen zur Entwicklung eines professionellen, unparteilichen und neutralen Beratungsangebotes.

Mit dem Reformkonzept „Arbeitsamt 2000“ begann jedoch ein Prozess, der sich mit dem gegenwärtigen Umbau der jetzigen Bundesagentur für Arbeit zu einem betriebswirtschaftlich ausgerichteten Dienstleister verstärkt und für ergebnisoffene Beratungstätigkeit immer weniger Platz lässt. Dabei ist die Notwendigkeit und die Bedeutung öffentlich finanzierter Beratung in Bildung und Beruf offenkundig: Die Europäische Union hat sich im Lissabon-Prozess dazu verpflichtet, Europa zur wachstumsstärksten Region in der Welt zu entwickeln. Lebenslanges Lernen ist das Stichwort,

das die Notwendigkeit beruflicher und persönlicher Weiterentwicklung jedes einzelnen Erwerbstätigen zur Gestaltung seiner Berufsbiographie entsprechend den Veränderungen seiner sozialen und ökonomischen Umwelt betont. Lebenslanges Lernen zu postulieren bedeutet aber gleichzeitig nicht nur entsprechende Bildungsangebote bereitzustellen, sondern die Menschen auch in ihrer Fähigkeit zu unterstützen, diese Bildungsangebote entsprechend ihrer persönlichen und beruflichen Ziel- und Lebensplanung einzusetzen – diese Unterstützung bietet Bildungs- und Berufsberatung.

***Es könnte gut für die Zukunft
von Bildungs- und Berufsberatung
in Deutschland sein,
neue Inseln im Ozean zu finden,
auf denen
Bildungs- und Berufsberatung
etabliert werden kann,
bevor der Supertanker BA
endgültig untergegangen ist.***

Achim Wagner

Wer die Ressource Mensch als Wachstumsfaktor ernst nimmt, muss ihre Weiterbildungsfähigkeit fördern – eben auch durch Bereitstellung entsprechender öffentlich zugänglicher Beratungsangebote. Inwieweit öffentliche Beratung

auch in Zukunft kostenfrei sein kann, muss die Zeit erweisen – es gibt in der Schweiz bereits Bestrebungen, auch für öffentliche Beratungsdienstleistungen Honorar zu erheben. Tatsache ist aber, dass öffentliche Beratungs-

auch in Zukunft kostenfrei sein kann, muss die Zeit erweisen – es gibt in der Schweiz bereits Bestrebungen, auch für öffentliche Beratungsdienstleistungen Honorar zu erheben. Tatsache ist aber, dass öffentliche Beratungs-

angebote räumlich und fachlich flächendeckend sein müssen.

Ergänzende Beratungsangebote privater Laufbahnberatung

Bis 1997 war Berufsberatung Alleinaufgabe der damaligen Bundesanstalt für Arbeit. Seit 1998 wurde dieses Monopol durch Gesetz aufgehoben. Seitdem haben sich private Beratungsanbieter unter verschiedenen Bezeichnungen in Deutschland auf dem Markt platziert – als Karriereberater, Bildungs- und Berufsberater, Berufs- und Lebensberater oder eben als Laufbahnberater. Nur wenige private Beratungsanbieter erbringen ihre Dienstleistung unter dem Label „Berufsberater“.

Private Berufs-, Karriere- oder Laufbahnberatung wendet sich anders als die traditionelle öffentliche Berufsberatung weniger an Berufseinsteiger als an Berufsinhaber, Berufswechsler, Arbeitsuchende oder Berufsrückkehrer.

Beratungsanbieter, die unter dem Label „Karriereberater“ arbeiten, müssen sich mit der Frage befassen, ob es ihnen nur um eine aufstiegsorientierte Beratung geht, denn der Begriff Karriere ist immer noch mit der Idee von Aufstieg verbunden. Die meisten Karriereberater verneinen diese Frage und betonen, dass jede berufsbezogene Neuorientierung Thema einer Karriereberatung sein kann.

Beratungsanbieter, die Laufbahnberatung anbieten, erleben in Deutschland mitunter Irritationen, weil der Begriff „Laufbahn“ hier sehr oft in Zusammenhang mit „Beamtenlaufbahn“ gebracht wird. In der Schweiz, woher der Begriff der Laufbahnberatung kommt, wird er viel offener gesehen.

Eine Gleichsetzung von Laufbahnberatung mit Karriereberatung, die mitunter diskutiert wird,

erscheint allerdings wenig hilfreich, weil er nicht sachgerecht ist. Während Karriereberatung sich sehr stark an Aspekten wie Arbeitsmarkt, Kompetenzprofilen und Potenzialanalysen zur betrieblichen Stellenbesetzung orientiert, stellt Laufbahnberatung den Aspekt der ganzheitlichen prozessorientierten Beratung mit offenem Ausgang in den Vordergrund. Ausgehend von meist berufsbezogenen Fragestellungen werden in der Laufbahnberatung ebenso berufliche wie außerberufliche Lebenszusammenhänge von KlientInnen thematisiert. Eine durchaus mögliche und gar nicht mal seltene Entwicklung in einer Laufbahnberatung kann sein, dass aus einer berufsbezogenen Fragestellung eine Veränderung im außerberuflichen Bereich entsteht, die später wiederum neue Entwicklungen im Beruf ermöglichen kann, aber nicht muss.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass zu den KlientInnen von Laufbahnberatung nicht nur Berufsinhaber, Arbeitsuchende und Berufsrückkehrer zählen, sondern auch Menschen, die am Ende ihrer Erwerbsbiographie stehen und in das Nach-Erwerbsleben wechseln. Übergänge sind daher ein besonderes Thema der Laufbahnberatung.

Laufbahnberatung als ergebnisoffenes, prozessorientiertes, ganzheitliches Beratungsangebot setzt beim Klienten eine hohe Reflektions- und Veränderungsbereitschaft voraus, ferner die Bereitschaft, sich selbst sowie seine Berufs- und Lebensbiographie ehrlich und kritisch zu betrachten.

Laufbahnberatung nach dem Zürcher Laufbahnberatungsmodell (ZLM)

So wie Laufbahnberatung sich an Berufsinhaber richtet, die in der Regel bereits berufliche Erfahrungen gesammelt haben, ist die Qualifizierung zum Laufbahnberater, zur Laufbahnberaterin selbst eine Fortbildung für Beraterinnen und Berater. In der Schweiz werden Berufsberaterinnen und Berufsberater über verschiedene Studiengänge mit hohem psychologischem Anteil qualifiziert – traditionell mit dem Schwerpunkt der Beratung von Jugendlichen. Erst als auch in der Schweiz die Arbeitslosigkeit gravierender wurde, bekam auch die Beratung von Erwachsenen im Sinne der Laufbahnberatung eine größere Bedeutung. Weiterbildungen zum Laufbahnberater/zur Laufbahnberaterin erfolgen dort nicht in staatlich vorgegebenen Bildungsgängen, sondern individualisiert.

Das Zürcher Laufbahnberatungsmodell (ZLM) wurde ab 1997 von Schweizer Laufbahnberaterinnen für BeraterInnen im deutschsprachigen Raum entwickelt und angeboten – insbesondere auch mit Blick auf Deutschland und das dort weggefallene Beratungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit. Träger des Fortbildungsangebotes ist heute das Institut für An-

gewandte Laufbahnpsychologie Zürich/Mainz (IAL).

Das Zürcher Laufbahnberatungsmodell (ZLM) hat einen stark individualpsychologisch ausgerichteten Hintergrund nach Adler/Dreikurs, ist ressourcenorientiert (wobei unter Ressourcen nicht nur intellektuelle Potenziale und fachliche und persönliche Qualifikationen, verstanden werden, sondern auch Handlungsmuster, Entwicklungsfähigkeit und das familiäre und soziale Umfeld) und hat einen prozessualen Charakter. Hierbei wird nicht nur die Grundannahme der lebenslangen Entwicklungsfähigkeit eines Menschen zugrundegelegt, sondern auch die Entwicklungsmöglichkeit während und durch den Beratungsprozess. Beratungsgespräche werden durch Selbsterkundungsinstrumente und Tests ergänzt. Das Ergebnis der Laufbahnberatung soll zu einer eigenverantwortlich und autonom getroffene Entscheidung des Klienten führen, zum anderen die persönliche Neuorientierungskompetenz erhöhen, so dass der Klient bei weiteren Laufbahnentscheidungen auf das Gelernte zurückgreifen kann.

Fortbildung zum Laufbahnberater (ZLM) / zur Laufbahnberaterin (ZLM)

Die Fortbildung wird berufsbegleitend in der Schweiz und in Deutschland angeboten. Belegt werden kann das Seminar „Laufbahnberatung“, das die Einzelberatung zum Thema hat, und das Seminar „Laufbahnberatung in Gruppen“. Jedes Seminar besteht aus vier Sequenzen, die abwechselnd in Deutschland und in der Schweiz stattfinden. Bei den ersten Bildungsgängen waren die meisten TeilnehmerInnen Beschäftigte in der Bundesanstalt für Arbeit – jetzt nehmen überwiegend Personen teil, die ihre beraterische Qualifikation außerhalb der BA erworben haben. Voraussetzung für die Teilnahme an der Fortbildung ist ein Startseminar. In diesem Startseminar „Standort und Ressourcen“ erhalten Teilnehmende

einerseits Gelegenheit, das Konzept ZLM kennen zu lernen, andererseits die Möglichkeit einer eigenen persönlichen und beruflichen Standortbestimmung.

2004 wurde die Fortbildung erstmals nach diesem neuen Konzept durchgeführt. Der Ergebnisoffenheit der Laufbahnberatung entspricht die Offenheit des Fortbildungskonzeptes: Von 23 Personen, die an Startseminaren teilnahmen, gingen 16 in die anschließende Fortbildung „Laufbahnberatung“. Das ist ein großer Anteil, aber es sind eben nicht alle. Für das Institut ist diese Ergebnisoffenheit ein wichtiger Bestandteil des Konzeptes.

Auch 2005 werden Startseminare angeboten. Sie sollen auf die Teilnahme am Seminar Laufbahnberatung in Gruppen (Beginn 2005) und Laufbahnberatung (Beginn 2006) hinführen. Nähere Informationen finden sich auf der

homepage des Institutes für Angewandte Laufbahnpsychologie unter www.laufbahnberatung.de

Weitere Fortbildungsangebote

Das Zürcher Laufbahnberatungsmodell ist nur eines unter mehreren Fortbildungsangeboten für Beraterinnen und Berater. Weitere Fortbildungsangebote finden sich auf der *homepage* des Deutschen Verbandes für Bildungs- und Berufsberatung (dvv) unter www.dvb-fortbildung.de

Achim Wagner

ist Mitglied des
Fortbildungsinstituts
„Institut für Angewandte
Laufbahnpsychologie“ (IAL)



Pressemeldungen

Quelle: Frankfurter Rundschau vom 23. Juni 2005

www.FR-aktuell.de

Ein ausbruchssicheres Gefängnis

Wer nichts lernt, bleibt arm. Dagegen hilft nur eine bessere Bildungspolitik

Von Jutta Allmendinger

Nur Fordern oder auch Fördern? Das ist keine Frage für Jutta Allmendinger, Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Sie plädiert für aktive Arbeitsmarktpolitik. Doch noch viel besser sei es, Kinder schon frühzeitig umfassender Bildung teilhaftig werden zu lassen. Nur so lasse sich Armut wirklich vermeiden.

Die Bundesagentur für Arbeit hat 2004 im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik rund zwei Milliarden Euro für die Integration Jugendlicher ausgegeben, die massive Probleme am Ausbildungsstellenmarkt haben und die häufig als nicht ausbildungsfähig, als "bildungsarm" bezeichnet werden. Zu den "Bildungsarmen" zählen Jugendliche ohne Hauptschulabschluss, das sind nahezu zehn Prozent jeden Jahrgangs, oder Jugendliche, die nicht einmal die unterste Kompetenzstufe I der Pisa-Studie erreichen, das sind wiederum etwa ein Zehntel der 15-Jährigen in Deutschland. Und das jedes Jahr wieder.

Aktive Arbeitsmarktpolitik setzt damit bei einer Gruppe an, die großteils in der Schule nicht die Unterstützung und die individuelle Förderung erhielt, die ihr zugestanden hat und die sie auch verdient gehabt hätte. Diese Jugendlichen wurden als Kinder nicht früh gefördert - qualitativ gute Einrichtungen fehlen in Deutschland flächendeckend. Sie wurden dann in den Schulen nicht optimal gebildet, und sie wurden auch nicht von den Besseren mitgezogen.

Das Versagen der Vorschulen und Primarschulen in Deutschland, die im internationalen Vergleich besonders schlecht finanziert werden, wird häufig den Familien angekreidet. Natürlich sind die Familien schon wegen der Vielfalt ihrer Funktionen wichtig. Gerade bildungsarme Jugendliche haben aber oft Eltern, die selbst nur einen schwierigen Zugang zu Bildung hatten. Das individuelle Bildungsniveau wird in Deutschland noch immer ganz ausgeprägt, und zwar weit stärker als in allen vergleichbaren Ländern, von Generation zu Generation weitergegeben. Auch materielle Armut folgt meist aus der Armut der Eltern. Aber die "Vererbung" der Bildungsarmut ist noch viel ausgeprägter, und sie wirkt in der Wissensgesellschaft - bei stets zunehmendem Anforderungsniveau und immer schärferer Konkurrenz mit Niedriglohnländern nebenan - wie ein ausbruchssicheres Gefängnis. Es wäre falsch, diese "Vererbung" des Bildungsniveaus auf die Unfähigkeit und vorgegebenen Lernschwächen von Eltern und Kindern zurückzuführen, ihnen also die vornehmliche Schuld zuzuschreiben.

Bildungsarmut ist zum erheblichen Teil institutionell zu verantworten, denn die in Deutschland aufwachsenden Kinder sind ja nicht etwa dümmer als die Kinder in anderen Ländern - etwa als die in Finnland, wo es schlicht keine Bildungsarmut gibt, also alle Kinder die Kompetenzstufe I erreichen. Auch eine stärkere Anwesenheit der Mütter kann dies nicht erklären, denn die Erwerbsquoten von Frauen in diesen Ländern sind weit höher als in Deutschland. Die Potenziale der Jugendlichen

in Deutschland sind größer als wir denken und messen - wir schöpfen sie mit unserer Bildungspolitik bislang nur nicht aus.

Die aktive Arbeitsmarktpolitik nimmt sich der Probleme der Niedriggebildeten an und versucht, nachträglich die Potentiale zu erschließen, die vorgängig im Bildungssystem nicht kultiviert oder dort schon ganz aufgegeben worden sind. Sie hilft mit berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen und den unterschiedlichsten Programmen wie beispielsweise JumpPlus. Bildungsarme Kinder stünden ohne diese Programme wirklich "auf der Straße". Das Risiko dieser Jugendlichen, nach Ende der Schulpflicht gar keine Erwerbsarbeit zu finden, ist wesentlich höher als das gut (aus-) gebildeter Jugendlicher: Personen mit Fachhochschul- oder Universitätsabschluss haben eine Erwerbsquote von 86 Prozent und eine Arbeitslosenquote von vier Prozent; bei Fachschulabschluss oder beruflichem Ausbildungsabschluss belaufen sich diese Quoten auf 75 Prozent und neun Prozent; bei Personen ohne Abschluss betragen die Quoten 32 Prozent und 23 Prozent. Gegenwärtig liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland insgesamt bei 10,6 Prozent; die meisten dieser Jugendlichen haben Bildungs- und Ausbildungsdefizite. Die Arbeitslosenquote Jugendlicher macht allerdings nur einen Teil des Problems sichtbar: Hinzu kommen die vielen Jugendlichen in Maßnahmen der Bundesagentur, die in die Arbeitslosenstatistik nicht eingehen. Auch deshalb bleibt die Arbeitslosigkeit deutscher Jugendlicher im Durchschnitt unter der anderer EU-Länder. So wichtig die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind, zumindest bei den Eingliederungschancen in den Arbeitsmarkt kommen sie oft aus strukturellen Gründen zu spät: Der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden Aufgaben übertragen, die sie nicht erfüllen

kann, an deren Erfolg sie aber wiederum gemessen wird, was sie dann leicht zum "Sündenbock" macht. Weiterbildungsmaßnahmen sind vor allem dann wirkungsvoll, wenn sie auf einer stabilen Erstausbildung aufbauen können. Eine präventive Bildungspolitik ist weit wirksamer als eine aktive Arbeitsmarktpolitik sein kann. Ziel jeder Schule muss es daher von früh an werden, so wenige Schüler wie möglich in die Bildungsarmut zu entlassen.

Die Autorin

Jutta Allmendinger ist Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA). Sie ist außerdem Professorin für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München.

Der Text beruht auf einem Vortrag, den Allmendinger auf dem 4. Programmforum der SPD "Im Mittelpunkt: der Mensch" im Mai in Berlin gehalten hat. Das demnächst erscheinende Programmheft enthält diesen wie die anderen Beiträge des Programmforums.

(ber)

Die SPD hat ihre Grundsatzdebatte unter das Motto "Die Kraft der Ideen" gestellt. Diese Ideen und die aus ihnen abgeleiteten Programme müssen dringend und zuallererst in der frühen Phase des Lebens unserer Kinder ansetzen, und sie müssen den Verantwortlichen Anreize dafür geben, dass sie dieser Verantwortung auch

frühzeitig nachkommen. Warum sollen wir uns die Programme der aktiven Arbeitsmarktpolitik Milliarden von Euro kosten lassen, wenn dieses Geld in der Bildungspolitik viel besser und effizienter angelegt werden könnte? Warum ist das teilweise aus Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung zu finanzieren und erhöht so die Lohnnebenkosten, statt dass es aus allgemeinen Steuermitteln bezahlt wird?

Die Bildung unserer Kinder ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir dürfen sie nicht weiter wie bisher im Streit der einzelnen Bundesländer schleifen lassen. Wir müssen verhindern, dass das Thema nach einem verdrängten Pisa-Schock einfach untergeht. Bundesweit sollten die Bildungsbudgets für "Frühstart"-, für wirkliche Head-Start-Programme erhöht werden, die weit vor der Grundschule einsetzen müssten. Die Schulen müssen durch entsprechende Ressourcen in die Lage versetzt werden, alle Kinder intensiv zu fördern. Auf dieser Basis kann man sie dann aber auch in die Verantwortung nehmen, dass Jugendliche nicht mehr "ungebildet" das

Schulsystem verlassen. Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass unsere Schulen deutlich mehr Ungebildete entlassen als der Durchschnitt der nordeuropäischen Länder.

Natürlich müssen wir uns jetzt auch um die kümmern, die in den Brunnen gefallen sind. Wir können aber nicht länger tatenlos zusehen, wenn Jahr für Jahr immer weitere Zehntel aus den Abgangsklassen über diesen Rand fallen. Wir müssen also zwei Gleise bauen: eines weiter über die Bundesagentur mit Brücken in den Arbeitsmarkt hinein; aber auch erstmals systematisch ein Gleis mit Bildungsbrücken im Schul- und Vorschulsystem. "Finnlandisierung" war einst ein Schimpfwort gegen Neutralisierungstendenzen in der Nato-Politik. Vielleicht wird es zukünftig zum Kosewort für die hier skizzierten Bildungsinvestitionen.

Diese Forderungen ergeben sich zwar auch zwangsläufig aus dem Diktat der demographischen Entwicklung, dem Zwang zur gesteigerten wirtschaftlichen Verwertbarkeit von Bildungskapital, der Vermeidung der hohen Kosten der Arbeitslosigkeit und der Notwendigkeit zum produktiven Einsatz der Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Sie folgen aber zunächst auch und vor allem aus Freiheit und Würde des Einzelnen. Diese Forderungen zielen also nicht zuletzt darauf, aus Unfreiheit und Unwissenheit heraus zu führen.

Der aktivierende Sozialstaat stellt die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen in den Vordergrund. Doch verantwortlich kann man nur sein, wenn man vorher aktiv verantwortlich gemacht worden ist - also mit Verantwortungsspielraum und -kompetenz ausgestattet wurde. Für den gegenwärtigen Umbruch zu "Fördern und Fordern" müssen die eigentlichen Grundlagen in der Bildungs- und Wissenspolitik erst noch gelegt werden. Eigenverantwortung ist ein Konzept, das aus liberalen Gesellschaftstheorien folgt, und beruhte

dort stets auf dem Leitbild der wirtschaftlichen Selbständigkeit und der real vorhandenen Verfügungsmöglichkeit über die eigene Lebensführung. Die Maßnahmen einer präventiven und investiven Sozialpolitik müssen mit diesen Folgerungen aus dem Aktivierungspostulat abgestimmt sein: Sie müssen also neben der materiellen Absicherung vor allem flankierende Maßnahmen wie Bildung, berufliche Qualifikation, Gesundheitsfürsorge und -vorsorge umfassen. Gelebte Eigenverantwortung setzt vorhandene Kompetenzen ebenso voraus wie die Abwesenheit von Not und psychosozialen Notlagen, die sich auch aus materieller Not ergeben.

Der Zusammenhang von Eigenverantwortung und Bildung verweist darauf, dass Bildung breit verstanden werden muss. Nicht nur wirtschaftliche Verwertbarkeit von Bildung ist wichtig. Vor allem und zunächst müssen Persönlichkeiten mit starker sozialer Kompetenz "erzogen" und muss eine stabile Identität "ausgebildet" werden. Sozialpolitik und ihre Investitionen dürfen nicht nur den Einzelnen und seine Familie in den Blick nehmen, sondern müssen beiden zunächst einmal ein Umfeld schaffen, in denen sich Fähigkeiten zur Eigenverantwortlichkeit überhaupt erst entwickeln und entfalten können.

Die Förderung sozialer und kultureller Angebote zur "Inklusion" stärkt auch die Fähigkeit zur wirtschaftlichen Integration, aber sie geht in dieser Fähigkeit nicht auf. Will man nur und ausschließlich die Fähigkeit zur wirtschaftlichen Integration fördern, verfehlt man fast immer sein Ziel - es lässt sich eben nur indirekt erreichen. Diese Fähigkeiten fließen aus allgemeinen, tiefer liegenden Fähigkeiten, die nur früh, beispielsweise schon im Kindergarten, spielend erlernt, aber auch früh, wie im deutschen Schulsystem bislang, für viele lernend verspielt werden können.

Quelle: Die Welt vom 23. Juni 2005

www.WELT.de

Zahl der Studienabbrüche steigt an [In Berlin:] Höchste Rate bundesweit – Finanzsenator Sarrazin: Berlins Haushalt wird enorm belastet

von K. Jahr-Weidauer

Die Zahl der Studienabbrecher wächst immer weiter an. Besonders dramatisch ist die Situation in der Hauptstadt. Nach Auskunft aus Universitätskreisen verläßt fast jeder zweite Berliner Student seine jeweilige Universität ohne Abschluß. Diese hohe Quote führt nach Aussage von Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD), daß rund 150 000 Berliner Studienabbrecher ganz oder teilweise auf Kosten des Staates leben.

Die Gründe des Abbruchs sind unterschiedlich: Viele Studenten erkennen im Laufe ihres Studiums, daß sie eher für eine Berufsausbildung geeignet sind, und brechen ihr Studium ab. Eine zweite, nicht unerhebliche Gruppe muß das Studium aus finanziellen Gründen abbrechen, da ihnen nicht genug Zeit zum Studieren bleibt, solange sie nebenbei ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. "Diese Gruppe an Studierenden hat in den letzten zehn Jahren zugenommen", sagt Björn Bollensdorff, Informatikstudent an der TU. Genaue Abbruchzahlen geben die Unis aus Datenschutzgründen, wie es heißt, aber nicht heraus. Verlässliche Aussagen geben aber die Erfolgsquoten, die angeben, wie viele Studienanfänger auch erfolgreich ihr Studium abschließen. Bei der Freien Universität (FU) lag sie im Jahr 2003 bei 52 Prozent. An der Humboldt-Universität (HU) erreichte nur knapp die Hälfte einen Abschluß. Besonders schlecht schneidet die Technische Universität (TU) ab: Hier sank die Erfolgsquote auf 44 Prozent. Bundesweit erhöhte sich die Zahl derjenigen, die ihr Studium vorzeitig abbrechen, gegenüber 2002 um zwei Prozentpunkte und liegt jetzt bei rund 27 Prozent. Das geht aus der

Statistik des Hochschul-Informationssystem hervor.

Die extrem hohe Abbrecherquote bereiten Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) große Sorge. "Jeder Student, der vorzeitig aufhört, treibt die Ausgaben Berlins pro Absolvent in die Höhe", sagte Sarrazin. Abbrecher verursachten nicht nur Kosten während ihrer begonnenen Studienzeit, sondern fielen nach dem Abbruch dem Staat weiter zur Last. Sarrazin hatte geschätzt, daß rund 150 000 Studienabbrecher weiterhin Wohngeld, Arbeitslosengeld oder andere finanzielle Vergünstigungen entgegennehmen. Die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit hat im Monat Mai 124.000 Personen registriert, die ohne Abschluß Arbeitslosengeld II empfangen haben. "In dieser Zahl sind jedoch auch viele Jugendliche enthalten, die ihre Lehre geschmissen haben", sagt der Sprecher der Regionaldirektion, Olaf Möller.

"Es gibt viele Abbrecher, die sich gar nicht erst in den Jobcentern arbeitslos melden", weiß Joachim Jahny vom Hochschulteam Berlin. Sie schlügen sich so durch, um nicht in die Mühlen der Jobcenter zu gelangen. Jahny kümmert sich im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit um Absolventen wie auch Abbrecher. Etliche würden solange Student bleiben, solange es ihnen möglich ist. Sie nähmen in erster Linie die Vergünstigungen wie billige Krankenversicherung, BVG-Ticket, Kindergeld oder die Möglichkeit, steuerfreie studentische Jobs anzunehmen, wahr.

Berlins Wirtschaft zeigt sich über die steigende Tendenz beunruhigt. Für Unternehmer Werner Gegenbauer ist ein Studienabbruch für

jeden einzelnen sicher frustrierend - " aber volkswirtschaftlich eine große Belastung und eine Verschwendung wertvoller Ressourcen."

Auch wenn die iBB – Informationen für die Bildungs- und Berufsberatung sich in erster Linie als Dokumentationsmedium für unterschiedlichste Inhalte und Standpunkte verstehen, die für das professionelle Wissen von Beraterinnen und Berater von Bedeutung sein können – und deshalb selbstverständlich die Redaktion weder alle Urteile der Autorinnen und Autoren teilen kann noch in der Regel kommentieren möchte: Die in diesem Artikel geäußerten Standpunkte fordern zu einem kurzen Kommentar heraus:

Wenn eine als hoch empfundene Zahl von Studienabbrüchen politischen Entscheidern nichts anderes mehr entlocken kann als kurz-

fristige und kleinkrämerisch bilanzierte Kosten in aktuellen Haushalten, dann zeigt das, in welch unpolitische Apathie ein verkürztes rein betriebswirtschaftlich interpretiertes ökonomisches Denken führt. Kostenermäßigte Nahverkehrstickets, Ausgaben für Kindergeld und ermäßigte Versicherungsbeiträge werden zu „verschwendeten wertvollen Ressourcen“. Langfristige ökonomische Folgen des offensichtlich suboptimal funktionierenden Bildungssystems wie die Verschwendung der Bildungspotenziale („Humankapital“) bleiben aber ebenso außer Betracht wie die menschlichen (psychosozialen) Folgen für die Betroffenen. Im Ergebnis kann damit eine (typisch deutsche?) Übung wieder einmal gelingen: Die Opfer werden zu Tätern gemacht. (K.K.)

Quelle: Arbeitnehmer Ausgabe Mai 2005
www.Arbeitnehmer-online.de

Jobaussichten für Akademiker Heiß begehrte Typen

von Sabine Graf

Mit abgeschlossenem Studium sind die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt sehr gut. Der Experte Karl-Heinz P. Kohn rechnet in den nächsten Jahren mit einem Wettbewerb um gute Kräfte und bezeichnet den promovierten Taxifahrer als Phantom.

Es gibt Gruselmärchen, und es gibt die Realität. Wenn das Eine für das Andere gehalten wird, wird's schwierig. "Die Deutschen lieben vielleicht das Apokalyptische", wähnt Karl-Heinz P. Kohn und lässt lieber Fakten sprechen. Denn für ihn ist "Dr. Arbeitslos oder Master of Success?" keine Frage, sondern nur ein medial aufgebauschtes Schauer Märchen vom automatisch arbeitslosen Akademiker. Um diese mittlerweile im Rang einer Volks-

weisheit stehende Erkenntnis zu entlarven, war der Dozent der Fachhochschule des Bundes für Öffentliche Verwaltung Schwerin, zugleich auch Mitwirkender des Netzwerks "Wege ins Studium" sowie Mitautor des Jahresgutachtens des Zuwanderungsrates, nach Saarbrücken gekommen.

Auf Einladung der Saar-Universität, der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes und des Studienzentrums der Universität sowie des Hochschulteam der Agentur für Arbeit Saarbrücken sprach er im Rahmen des studienbegleitenden Trainingsprogramms "Fit für die Arbeitswelt" an der vermeintlichen Brutstätte für arbeitslose Akademiker über den Akademiker-Arbeitsmarkt von heute und morgen. Dort ist,

aller anders lautenden Behauptungen der Medien zum Trotz, nicht alles so düster, wie allgemein angenommen wird. "Der Arbeitsmarkt mag Akademiker", lautete die Botschaft von Kohn, die er anhand von Statistiken begründete.

Auch Geisteswissenschaftler haben gute Berufschancen

Bis in das Jahr 2002 stieg die Zahl der Arbeitsplätze an. Selbst bei Null-Wachstum der Wirtschaft gab es ein Beschäftigungswachstum bei Akademikern. Zudem zeigt die Arbeitslosenquote seit dem Jahr 1995, dass es keine arbeitsmarktfernen Fächer gibt und damit die Warnungen vor dem Studium von Geisteswissenschaften einem Unkenruf gleicht. Zwar sind weniger Juristen und Betriebswirte arbeitslos als Kulturwissenschaftler, jedoch sind dagegen Ingenieure und Soziologen gleichermaßen von Arbeitslosigkeit betroffen.

"Ein Studium lohnt in jedem Fall", sagen die von Kohn aufgeführten Zahlen. Universitätsabsolventen verdienen mehr als doppelt so viel wie Beschäftigte mit einem Hauptschulabschluss. Von einem „Ende der Arbeitsgesellschaft“, das der Soziologe Ulrich Beck verkündete, kann, so Kohn, keine Rede sein. Die Arbeitsplätze werden nicht weniger, sondern mehr, hält er entgegen. Nur ist mittlerweile die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage zu groß, erklärt er: „Weil immer mehr Menschen arbeiten möchten.“ Zugleich steigen die Beschäftigtenzahlen an. 2005 sind es noch 38,7 Millionen im Jahr 2015 werden es, so die Berechnung, 39,7 Millionen sein.

Akademische Qualifikation wird immer mehr gefragt sein, wohingegen es die Ungelernten

immer schwieriger haben, Arbeit zu finden. Denn die Arbeitsplätze verlagern sich vom produzierenden Gewerbe in den Dienstleistungssektor. Was nicht heißt, dass sich „alle gegenseitig die Haare schneiden“, wie gerne polemisiert wird, weiß Kohn.

Auch Lehrer oder Soziologen erbringen Dienstleistungen, erinnert er. Hier ist die Arbeit, auch und gerade für Akademiker. Nur lässt die demographische, gepaart mit der sozialen Entwicklung, hier Mangel befürchten. Die seit 1993 rückläufigen Zahlen bei der Einwanderung tun dazu ihr Übriges: „Wir werden auf einen Wettbewerb um gute Kräfte zusteuern.“

Was für den Referenten nichts anderes heißt, als dass sich die Marktsituation für die hiesigen Akademiker verbessert. Es heißt für ihn aber auch, anstatt Studiengebühren und Selektion mehr Bildung, mehr Förderung für die so genannten „bildungsfernen Schichten.“ Damit auch von dort der akademische Nachwuchs kommt. Dem rät er, sich möglichst breit zu qualifizieren, damit Flexibilität eine große Zahl von Einsatzorten, ob nun als Soziologe, Biologe oder Kunsthistoriker ermöglicht. Denn der berufliche Einsatzort ist mit dem Studienabschluss nicht festgelegt, stellt der Experte weiter fest. Um diesen Anforderungen gewachsen zu sein, muss man seine Kompetenzen vermarkten lernen, rät er. Dazu gehört nicht nur das Pauken, sondern auch, wie jemand sein Studium zwischen Job und Freizeit organisiert. Taxi fahren kann dann auch eine Qualität sein, aber keine, in der sich das akademische Studium des Dr. Arbeitslos erschöpft, sondern Potenzial für soziale Kompetenz, von dem der Master of Success an seinem Arbeitsplatz profitiert.

Veranstaltungshinweise

Professionelle Arbeit in der Bildungs- und Berufsberatung braucht die ständige Fortbildung in einem breiten Spektrum methodischer, wirtschafts- und berufskundlicher sowie bildungs- und sozialpolitischer Themen. Deshalb sollen

entsprechende Veranstaltungshinweise besonders auch hierfür Anregungen geben. Auch hier – wie in allen anderen Rubriken der iBB – sind Hinweise und Beiträge aus der Leserschaft herzlich willkommen. (K.K.)

Beratungsziel: Fitness für den Markt oder Selbstseelsorge in der Zivilgesellschaft?

22. Juni 2005 in Dresden

Beitrag von Heiner Keupp
(Universität München)
im Rahmen der Ringvorlesung
Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung

an der Technischen Universität Dresden

18.30- 20.00 Uhr, Raum WEB 136

Gesamtübersicht der Ringvorlesung unter:

www.tu-dresden.de/erzw/ressources/aktuelles/Poster_Ringvorlesung.pdf

Studienberatung an den Schnittstellen: Übergang Schule – Studium – Beruf

29. Juni 2005 in Dresden

Beitrag von Katharina Stein
(Zentrale Studienberatung TU Dresden)
im Rahmen der Ringvorlesung
Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung

an der Technischen Universität Dresden

18.30- 20.00 Uhr, Raum WEB 136

Gesamtübersicht der Ringvorlesung unter:

www.tu-dresden.de/erzw/ressources/aktuelles/Poster_Ringvorlesung.pdf

Studierendenberatung und Schlüsselkompetenzen

6. Juli 2005 in Dresden

Beitrag von Dietmar Chur
(Zentrale Studienberatung
Universität Heidelberg)
im Rahmen der Ringvorlesung
Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung

an der Technischen Universität Dresden

18.30- 20.00 Uhr, Raum WEB 136

Gesamtübersicht der Ringvorlesung unter:

www.tu-dresden.de/erzw/ressources/aktuelles/Poster_Ringvorlesung.pdf

Entwicklungen und Perspektiven in der Arbeitslosenberatung

13. Juli 2005 in Dresden

Beitrag von Peter Kuhnert
(Universität Dortmund)
im Rahmen der Ringvorlesung
Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung

an der Technischen Universität Dresden

18.30- 20.00 Uhr, Raum WEB 136

Gesamtübersicht der Ringvorlesung unter:

www.tu-dresden.de/erzw/ressources/aktuelles/Poster_Ringvorlesung.pdf

Konferenz der Internationalen Vereinigung für Schul- und Berufsberatung:
Careers in context:

new challenges and tasks for guidance and counselling

Laufbahnen im Kontext:

Neue Herausforderungen und Aufgaben für die Bildungs- und Berufsberatung

14. – 16. September in Lissabon (Portugal)

Quelle: <http://www.aiospconference2005.pt> und www.aiosp.org

Organisiert wird diese Konferenz von dem Portugiesischen Institut für Bildungs- und Berufsberatung, der Fakultät für Erziehung und Psychologie der Universität Lissabon, der Fakultät für Psychologie und Erziehung Universität Coimbra, dem Institut für Bildung und Psychologie Universität Minho; der Universität

Évora, dem portugiesischen Verband für Bildungs- und Berufsberatung, dem Institut für Beschäftigung und berufliche Bildung (Ministerium für soziale Sicherung und Arbeit), und dem Ministerium für Bildung.

Folgende Programmschwerpunkte werden gebildet:

1. *Family and career development*
2. *Career development and education and learning*
3. *Work and career development*
4. *Culture, community and career development*
5. *Social, political and economics issues and career development*

Die Themenschwerpunkte des Forschungsprogramms sind:

- *Career Development in Work*

- *Career Development and Education and Learning*
- *Career Project Construction in Family*
- *Social Cognitive Career Theory: Different contexts of Research*

Die Teilnahmegebühren liegen in der Spannbreite von 100 bis 350 €, je nach Status (StudentIn, AIOSP-Mitgliedschaft) und Anmeldetermin (Ermäßigungen noch bis 31. 7. 2005).

Ort: Universität Lissabon

Zeit: 14. September 2005, 9:30 Uhr

bis 16. September 2005, 18:30 Uhr

Detailinformationen in englischer Sprache gibt es unter der Adresse:

http://www.aiospconference2005.pt/pdf_eng.pdf

Fallmanagement in der Praxis der Jobcenter

26. - 29. September 2005 in Berlin-Wannsee

Quelle: www.Deutscher-Verein.de

Zielgruppe: Leitende Mitarbeiter/innen in Jobcentern

Das Fallmanagement ist ein wichtiges – wenn nicht sogar das wichtigste – Kernelement der Hartz IV-Reform. Von dessen Qualität wird es entscheidend abhängen, dass nicht nur das Prinzip des Forderns, sondern auch das Prinzip des Förderns im Interesse der betroffenen arbeitslosen Menschen umgesetzt wird. Der Deutsche Verein hat deshalb schon frühzeitig Empfehlungen zu Qualitätsstandards für das Fallmanagement erarbeitet.

Auf der Grundlage dieser Empfehlungen soll die Tagung ein Forum bieten für die Weiter-

entwicklung der Praxis in den Jobcentern. Dabei werden ggfs. neuere wissenschaftliche Erkenntnisse ebenso berücksichtigt wie die dann vorliegenden Erfahrungen aus Modellprojekten.

Die Inhalte der Veranstaltung werden kurzfristig festgelegt, um den aktuellen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Kosten: 174 € ohne Unterkunft und Verpflegung (kann bei der Tagungsstätte zusätzlich gebucht werden)

Telefonische Auskunft: (0 30) 6 29 80-605 / -606 / -607

Fortbildung Online-Beratung

27. – 28. September 2005 in Iserlohn

Quelle: www.dvb-Fortbildung.de

Weiterbildung zur Online-Beraterin und Online-Berater nach den Standards der Deutschen Gesellschaft für Online-Beratung (DGOB)

Ziele

Ziel der Zusatzausbildung ist die Entwicklung einer Online-Beratungskompetenz im Bereich Mail, Chat und Foren. Dazu gehört die Befähigung zur Computerliteralität; das heisst Kenntnisse des Mediums Computer und seine Möglichkeiten zu nutzen, die praktische Fähigkeit in Handhabung und Umgang zu kennen und eine Einstellung im Kontext der gesellschaftlichen Bedeutung zu haben.

Vorraussetzungen

Vorraussetzung der Zusatzausbildung ist eine Beratungskompetenz, die vertraut ist mit dem klientenzentrierten Ansatzes Carl Rogers, verschiedenen Ansätze der humanistischen Psychologie sowie eine Kommunikationskompetenz im Hinblick auf die wichtigsten theoretischen Grundlagen der Kommunikationspsychologie und Methodenkompetenz.

Inhalte

Besonderheiten der digitalen Kommunikation
Die online Beratung bedient sich eines Computers und fällt technisch unter den Begriff der digitalen Kommunikation. Beim Kommunizieren per (E-)Mail, Chat oder in den Foren stehen nicht mehr alle verfügbaren akustischen, visuellen, kinesthetischen und olfaktorischen Sinneswahrnehmungen zur Verfügung. Die analoge Kommunikation ist begrenzt; alleine der Text spricht.

Lesekompetenz meint die Fähigkeit, geschriebene Texte unterschiedlicher Art in ihren Aussagen, ihren Absichten, ihrem Sinnzusammenhang und ihrer formalen Struktur zu ver-

stehen und in einen größeren Zusammenhang einzuordnen, sowie die Befähigung, Texte für unterschiedliche Belange sachgerecht zu nutzen. Lesen bedeutet, die geschriebenen Worte aufzunehmen, zu erfassen und daraus ein Verständnis dessen zu erlangen, was die Verfasserin oder der Verfasser sagen wollte.

Schreibkompetenz das Schreiben stellt eine spezifische Form der Kommunikation dar, die unter besonderen Bedingungen stattfindet. Bei der schriftlichen Kommunikation handelt es sich um eine zerdehnte Kommunikation, d.h. um eine Verständigung über Raum und Zeit hinweg. Es wird mit einem abwesenden, vielleicht sogar unbekanntem Gegenüber kommuniziert. Das Produzieren eines Textes geschieht in einem eigenen Prozess, der sich über eine gewisse Zeit erstreckt und an dem unterschiedliche Teilhandlungen wie das Planen, das Formulieren, das Niederschreiben und das Überarbeiten beteiligt sind. Das Schreiben erfordert wegen der besonderen Rahmenbedingungen auch besondere kognitive Fertigkeiten, da der Text eine Wirkung erzeugen soll.

Internetkompetenz

Grundkenntnisse über technische Modalitäten, wie z.B.: Herstellen einer Internetverbindung, Einrichten von E-Mail Adressen, schnelle und gezielte Informationssuche

Sicherheitskompetenz

Schließen von Sicherheitslücken, Abwehren von Viren und Trojanern, Erhöhung der Sicherheitseinstellungen

Umfang

6 Kurstage
insgesamt 113 UStd

Ort: Haus Ortlohn, Iserlohn

Termine:

1. Kursabschnitt: 27.-28. September 2005
2. Kursabschnitt: 30.11. -01 Dezember 2005
3. Kursabschnitt : 7.-8. Februar 2006.

Kosten

Die Kurskosten betragen insgesamt € 1.140,--.
Der Kurs kann nur als Gesamtkurs gebucht werden.

Anmeldung und Information

Elisabeth Lane-Brandau
Berliner Platz 12, 58638 Iserlohn
Fon 02371/352-175
Fax 02371/352-189

Startseminar

**Fortbildung zur Laufbahnberaterin, zum Laufbahnberater
nach dem Zürcher Laufbahnberatungs-Modell ZML**

27. – 30. Oktober 2005

Quelle: www.dvb-Fortbildung.de

Details unter www.Laufbahnberatung.de

Karriereberatung

Toolbox für den erfolgreichen Beratungsprozess

17.-18. November 2005 in Frankfurt am Main

Sie sind in der Karriereberatung tätig oder planen Ihr Beratungsangebot auf dieses Segment auszuweiten.

Der 2-tägige Workshop hilft Ihnen dabei, Werkzeuge und Arbeitstechniken für den Karriereberatungsprozess kennen zu lernen und deren Anwendung praktisch zu üben. Dabei werden auch Elemente des amerikanischen Life-Work-Planningexperten Richard Bolles mit einfließen.

DGfK-Vorstand Doris Brenner Antworten auf die Frage:

Wie gestalte ich erfolgreich den Karriereberatungsprozess?

Mittels Kurzvorträgen, Gruppenarbeiten und praktischen Übungen werden die folgenden Themen erarbeitet:

- Karriereberatung: Ansatzpunkte, Möglichkeiten und Grenzen
- Der Karriereberatungsprozess
- Methoden der Standortbestimmung Balanced Scorecard zu Life/Workplanning
- Kompetenzfelder ergründen
- Fachkompetenz
- Medienkompetenz
- Soziale Kompetenz
- Methodenkompetenz
- Realistische Selbsteinschätzung des zu Beratenden
- Definition von Zielen für den Kunden
- Marktpositionierung des Karriereberaters
- Verträge und Bedingungen von Karriereberatern
- Weiterqualifizierung der Berater

Termin/Ort:

17. und 18. November 2005 in Frankfurt, jeweils von 9.30 Uhr bis 17.00 Uhr

Zielgruppe:

Karriereberater, Coaches, Personalentwickler und Berater, die sich in diesem spezifischen Segment fortbilden möchten. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Kosten:

660.- € zzgl. MwSt.

560.- € zzgl. MwSt. für DGfK - Mitglieder

610.- € zzgl. MwSt. für DGfK - Fördermitglieder

Anmeldung und Organisatorisches:

Mit dem Eingang Ihrer Anmeldung (e-mail, Fax oder postalisch), die wir Ihnen unverzüglich

bestätigen werden, erklären Sie sich mit den Teilnahmebedingungen einverstanden. Zusammen mit der Bestätigung erhalten Sie von uns die Rechnung unter Angabe der Bankverbindung. Ihr Platz ist dann reserviert, wenn eine Anzahlung von 50% der Teilnahmegebühr überwiesen ist. Die Restzahlung muss bis 14 Tage vor Beginn des Workshops erfolgen. Bei Stornierung nach unserer Anmeldebestätigung stellen wir Ihnen bis 14 Tage vor Workshop-Beginn 50% der Teilnahmegebühr in Rechnung, danach den vollen Teilnehmerbeitrag. Natürlich können Sie einen Ersatzteilnehmer stellen.

Die Anmeldung erfolgt am einfachsten per Mail über:

doris.brenner@t-online.de

Impressum

verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Karl-Heinz P. Kohn

Adresse der Redaktion:
iBB@Kohnpage.de

Die Zeitschrift wird kostenlos als PDF-Dokument zur Verfügung gestellt.

Die Anmeldung zum Abonnement kann durch eine E-Mail (auch leer) an folgende Adresse erfolgen:
iBB-Zeitschrift-subscribe@yahoogroups.de

Am 4. Juli 2005 verzeichnen die *iBB*

871 Abonentinnen und Abonnenten,

Die Einsendung von Beiträgen ist willkommen. Veröffentlichung vorbehalten. Die *iBB* sind eine ehrenamtliche Dienstleistung für Beraterinnen und Berater. Honorar kann deshalb nicht gezahlt werden.

Bei Leserbriefen geben Sie bitte an, ob Sie mit einer Veröffentlichung einverstanden sind.

Die dokumentierten Beiträge geben nicht immer die Position der Redaktion wieder. Für die Inhalte tragen die Autorinnen und Autoren und die zitierten Medien die Verantwortung.

Leider kann es aus redaktionsökonomischen Gründen nicht durchgängig gelingen, alle dokumentierten Beiträge an die aktuelle deutsche Rechtschreibung anzupassen. Die *iBB* appellieren an alle Autorinnen und Autoren, im Interesse unserer Kinder die bildungsbürgerlich eingeübte Abendlandskritik abzulegen und die aktuelle Rechtschreibung zu erlernen und anzuwenden.

Die *iBB* im Internet:
www.Kohnpage.de/iBB

Die *iBB* sind eine Reaktion auf die bedrohlich schwindenden Ressourcen, die von der öffentlichen Hand für die Bildungs- und Berufsberatung zur Verfügung gestellt werden. Um etwas mehr gegen diese Bedrohung und für eine weiterhin engagierte Beratung jugendlicher und erwachsener Berufswähler zu tun, empfiehlt die Redaktion die Mitgliedschaft und Mitarbeit im *dvb* –



Deutscher Verband für Bildungs- und Berufsberatung e.V. Dieser Interessenverband wurde vor 50 Jahren gegründet. Vielleicht war er nie so wichtig wie heute.



Über die umfangreiche Arbeit der Kolleginnen und Kollegen im *dvb* kann man sich im Internet informieren unter: www.Berufsberater.net.